

Arbeiten aus dem

OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

Working Papers

Nr. 220

Dezember 1999

Restrukturierung und Arbeitsmarkt. Die ukrainische Wirtschaft 1998/99

Hermann CLEMENT, Michael KNOGLER,
Alexei SEKAREV

ISBN 3-921396-47-6

Gutachten

erstellt im Auftrag des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie



Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	ix
Kurzfassung in englischer Sprache.....	xix
Kurzfassung in ukrainischer Sprache	xxix
I. Einleitung	1
II. Wirtschaftslage 1999.....	4
1. Gesamtwirtschaftliche Stabilität gefährdet	4
1.1. Staatliche Verschuldung: droht die Zahlungsunfähigkeit?	4
1.2. Schuldenlast setzt die Wechselkursentwicklung unter Druck.....	9
1.3. Leistungsbilanz: erstmals Überschuß bei chronischer Exportschwäche.....	11
1.4. Preisentwicklung bislang unter Kontrolle.....	14
2. Haushaltsvollzug: Verringerung des Defizits macht die Schuldenlast vorerst erträglicher.....	15
3. Realwirtschaftliche Entwicklung.....	20
3.1. Bruttoinlandsprodukt	20
3.2. Industrie	21
3.3. Transport.....	23
3.4. Agrarwirtschaft.....	24
3.5. Investitionen	25
4. Einkommensentwicklung und soziale Lage.....	25
5. Hoher Handlungsbedarf bei Strukturreformen	26
III. Basisdaten.....	33
1. BIP und Industrieproduktion.....	33
2. Arbeitsproduktivität und Beschäftigung.....	35
3. Löhne und Lohnstückkosten	37

IV.	Umstrukturierungen im Unternehmenssektor.....	41
1.	Transformation und Strukturwandel: Mikroökonomische Anpassungsprozesse	41
2.	Reallokation und reaktive Umstrukturierung	42
2.1.	Veränderung der Industriestruktur	42
2.2.	Reallokation vom staatlichen zum privaten Sektor.....	45
3.	Disorganisation und passive Restrukturierung	50
4.	Subventionen	54
4.1.	Direkte Subventionen.....	55
4.2.	Indirekte Subventionen	57
4.3.	Konsequenzen des hohen Subventionsniveaus	59
5.	Aktive Restrukturierung.....	61
5.1.	Investitionen und Umstrukturierung	61
5.2.	Restrukturierung und Privatisierung	63
5.2.1.	Die ukrainische Privatisierung seit 1992.....	63
5.2.2.	Das staatliche Privatisierungsprogramm 1999	66
5.2.3.	Privatisierung in bestimmten Sektoren	67
5.2.4.	Insiderprivatisierung und Unternehmenskontrolle.....	68
5.2.5.	Der Einfluß der Eigentumsstrukturen auf die Restrukturierung	71
5.2.6.	Einfluß der Privatisierung auf die Beschäftigungsentwicklung.....	72
5.2.7.	Schlußfolgerungen und Politikempfehlungen.....	75
V.	Arbeitsmarkt und Transformation.....	79
1.	Beschäftigung	79
1.1.	Arbeitskräfteangebot.....	80
1.2.	Beschäftigungsentwicklung und -struktur	83
1.2.1.	Sektorale Beschäftigungsentwicklung	83
1.2.2.	Beschäftigungsstruktur in der Industrie.....	85
1.2.3.	Lohnstruktur in der Industrie	89
1.3.	Alternative „Anpassungsformen“.....	90
1.3.1.	Scheinbeschäftigung	90
1.3.2.	Zahlungsrückstände bei Löhnen.....	93
1.4.	Arbeitsmarktfluktuationen.....	95

2.	Arbeitslosigkeit.....	98
2.1.	Arbeitslosigkeit und offene Stellen	99
2.2.	Regionalstruktur der Arbeitslosigkeit	101
2.3.	Risikogruppen.....	103
2.3.1.	Langzeitarbeitslosigkeit	103
2.3.2.	Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit	105
3.	Institutionelle Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes.....	105
3.1.	Arbeitsmarktflexibilität.....	105
3.2.	Arbeitsmarktpolitik	108
4.	Ergebnisse und Politikempfehlungen	110

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Ukraine: Auslandsverschuldung 1994-98.....	5
Tabelle 2	Ukraine: Leistungsbilanz 1995-99.....	14
Tabelle 3	Ukraine: Einnahmen, Ausgaben und Defizit des konsolidierten Haushalts 1996-99.....	17
Tabelle 4	Ukraine: Einnahmen des Zentralhaushalts, 1997-1999.....	18
Tabelle 5	Ukraine: Industrieproduktion nach Branchen	22
Tabelle 6	Ukraine: Güterbeförderung 1996-99.....	23
Tabelle 7	Ukraine: Gesamtwirtschaftliche Indikatoren 1993 - 1999	30
Tabelle 8	Ukraine: Nominal- und Reallöhne 1992-99	38
Tabelle 9	Ukraine: Löhne und Lohnstückkosten in der Industrie	39
Tabelle 10	Ukraine: Wachstum der Industrie nach Branchen 1991-98	43
Tabelle 11	Ukraine: Entwicklung der Kleinbetriebe in der Industrie 1991-97.....	46
Tabelle 12	Ukraine: Struktur der Industrieproduktion nach Eigentumsformen...	47
Tabelle 13	Ukraine: 'Aggregate' job turnover and net employment growth.....	52
Tabelle 14	Ukraine: Budgetary Subsidies to Enterprises in Ukraine, Poland, Hungary and the Czech Republik.....	56
Tabelle 15	Ukraine: Direkte Subventionen 1996-98	57
Tabelle 16	Ukraine: Indirekte und gesamte Subventionen 1996-98.....	58
Tabelle 17	Ukraine: The age composition of equipment, 1996	62
Tabelle 18	Ukraine: Betriebliche Innovationen in der Industrie 1991-98.....	62

Tabelle 19	Ukraine: Entwicklung neuer Eigentumsformen 1992-1998.....	65
Tabelle 20	Ukraine: Performanz staatlicher und privatisierter Unternehmen	72
Tabelle 21	Ukraine: Sektorale Verteilung der Beschäftigung nach Eigentumsformen 1996-98.....	74
Tabelle 22	Ukraine: Entwicklung des Erwerbspotentials 1995-98	81
Tabelle 23	Ukraine: Beschäftigungsquoten nach Altersstruktur der Erwerbstätigen und ländlicher und städtischer Bevölkerung 1997	82
Tabelle 24	Ukraine: Beschäftigung nach Sektoren 1993-98.....	84
Tabelle 25	Ukraine: Beschäftigungsstruktur in der Industrie 1992-97.....	86
Tabelle 26	Ukraine: Investitionen nach Industriebranchen 1990-97	88
Tabelle 27	Ukraine: Relatives Lohnniveau und Beschäftigungswachstum 1997/1992.....	89
Tabelle 28	Ukraine: Beschäftigte in administrativer Beurlaubung und Kurzarbeit.....	91
Tabelle 29	Ukraine: Beschäftigte in administrativer Beurlaubung und Kurzarbeit in der Industrie.....	92
Tabelle 30	Ukraine: Arbeitslosenquote und offene Stellen nach Regionen 1995-98.....	102
Tabelle 31	Ukraine: Dauer der Arbeitslosigkeit 1996-97	103
Tabelle 32	Ukraine: Arbeitslosigkeit (ILO-Methodik) nach Dauer und Geschlecht 1997	104
Tabelle 33	Ukraine: Arbeitslosenrate nach Geschlecht 1995-98.....	105

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Ukraine: Auslandsschuldendienst 1999-2000	6
Abbildung 2A	Ukraine: Wechselkurs der Hryvnja gegenüber dem US-\$	10
Abbildung 2B	Ukraine: Offizieller Wechselkurs der Hryvnja gegenüber dem US-\$.	10
Abbildung 3	Ukraine: Hauptträger des Außenhandelsrückgangs, 1997-99	13
Abbildung 4	Ukraine: Reales BIP und Industrieproduktion, 1998-1999	21
Abbildung 5	Ukraine: Entwicklung des BIP 1992-98.....	33
Abbildung 6	Ukraine: Entwicklung der Industrieproduktion 1992-98.....	34
Abbildung 7	Ukraine: Arbeitsproduktivität gesamt und Industrie 1992-98	36
Abbildung 8	Ukraine: Beschäftigungsentwicklung gesamt und Industrie 1992-1998.....	37
Abbildung 9	Ukraine: Investitionen, Reallöhne und Lohnstückkosten in der Industrie 1995-98.....	39
Abbildung 10	Ukraine: Industriestruktur 1990-94-98	44
Abbildung 11	Ukraine: Überfällige Verbindlichkeiten der Unternehmen 1996-98...	58
Abbildung 12	Ukraine: Privatisierung	64
Abbildung 13	Ukraine: Verteilung der Unternehmensanteile unter Insidern 1997-99.....	70
Abbildung 14	Ukraine: Anteilseigner offener Aktiengesellschaften 1997/98	70
Abbildung 15	Ukraine: Beschäftigung nach Eigentumsformen	73
Abbildung 16	Ukraine: Demographische Entwicklung 1980-98	80
Abbildung 17	Ukraine: Beschäftigung in der Industrie nach Branchen.....	86
Abbildung 18	Ukraine: Produktions- und Beschäftigungsentwicklung in der Industrie nach Branchen 1997.....	87
Abbildung 19	Ukraine: Überfällige Verbindlichkeiten der Unternehmen 1996-99 ...	93
Abbildung 20	Ukraine: Zahlungsrückstände bei Löhnen 1996-99.....	94
Abbildung 21	Ukraine: Zahlungsrückstände bei Löhnen nach der Fristigkeit, 1.9.1998.....	94
Abbildung 22	Ukraine: Arbeitsmarktströme 1995-99.....	96
Abbildung 23	Ukraine Arbeitsmarktströme Industrie 1995-99	96
Abbildung 24	Ukraine: Arbeitslosenquote 1995-98.....	100
Abbildung 25	Ukraine: Arbeitslose und offene Stellen 1992-98.....	100
Abbildung 26	Ukraine: Mindestlohn in % des Durchschnittslohns, 1990-98	107

Kurzfassung

1. Der vorliegende Bericht beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Umstrukturierungen im ukrainischen Unternehmenssektor sowie der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Wie viele Querschnittsuntersuchungen belegen, spielen für einen erfolgreichen Übergang auf einen Wachstumspfad im Rahmen der Transformation vor allem strukturelle Reformen eine entscheidende Rolle. Die typischen Stabilisierungsprogramme für Transformationsländer legen zwar den Schwerpunkt auf makroökonomische Größen wie die Geldmengensteuerung und Reduzierung der Budgetdefizite. Sie beinhalten jedoch stets auch strukturelle Komponenten, die die Betriebe zu einer aktiven Restrukturierung zwingen sollen und damit auf die Angebotsseite wirken. Dazu gehört auch der Abbau der aus der Planwirtschaft ererbten Überbeschäftigung (labour hoarding). Es ist letztlich diese fehlgeschlagene parallele Absicherung und Fundierung einer restriktiven makroökonomischen Stabilisierungspolitik durch mikroökonomische Anreize und strukturelle Reformen, die dem anhaltenden Abwärtstrend der ukrainischen Wirtschaftsentwicklung zugrunde liegt und keine aktive Restrukturierung der Unternehmen initiierte.

Die wirtschaftliche Entwicklung 1998/98

2. Die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine stand 1998/99 im Zeichen der Zuspitzung der Finanz- und Verschuldungskrise. Die wachsende Belastung durch den Schuldendienst scheint 1999 offensichtlich das wirtschaftlich tragbare Maß überschritten zu haben. Bei einer Fortsetzung der weichen Fiskalpolitik und einer weiteren Verschleppung struktureller Reformen droht der finanzielle Zusammenbruch.
3. Die Bruttoauslandsverschuldung erreichte zum 1.7.1999 12,4 Mrd. US\$. Die Schuldendienstquote (Schuldendienst im Verhältnis zu den Exporten) stieg von 6,6% 1996 auf 12,5% 1998 und betrug im 1. Halbjahr 1999 bereits 15,3%. Für das Jahr 2000 ist angesichts der sehr hohen Zinszahlungen und Tilgungen bei rückläufigen Exporten mit einem weiteren Anstieg auf schätzungsweise 19,0% zu rechnen. Das Niveau der verfügbaren Devisenreserven der Nationalbank liegt bei 3 bis 4 Wochenimporten und reicht für die Deckung der im Jahr 2000 anstehenden Rückzahlungen von insgesamt 3,0 Mrd. US\$ (einschl. der Rückzahlungen an den IWF) bei weitem nicht aus.
4. Die sich verschlechternde Außenposition der ukrainischen Wirtschaft führte zu einem kurzfristig sehr hohem Default-Risiko. Die im Jahre 2000 fällig werdenden Auslandsschulden können ohne eine Restrukturierung (Umschuldung) nicht mehr bedient werden. Einer Zahlungsunfähigkeit kann die Ukraine nur mit einer Reihe von

außerordentlichen Maßnahmen wie z.B. der Verschiebung des Tilgungszeitpunktes der Euro-Anleihen entgegen.

5. Die Zuspitzung der Finanz- und Verschuldungskrise in der Ukraine im Herbst 1998, die Krise in Rußland sowie die ungünstigere Konjunktur auf den internationalen Märkten führten zu einem drastischen Rückgang des ukrainischen Außenhandels. Nach vorläufigen Angaben hat sich der bereits 1998 registrierte Einbruch der Exporte im 1. Halbjahr 1999 mit -15,4% gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode beschleunigt fortgesetzt. Da die Importe noch stärker sanken (-29,5% im 1. Halbjahr 1999 gegenüber dem 1. Halbjahr 1998), wies die Handelsbilanz einen Überschuß von 602 Mio. US-\$ auf. Die Leistungsbilanz schloß im 1. Halbjahr 1999 mit einem Überschuß von 443 Mio. US-\$ (-1019 Mio. im 1. Halbjahr 1998).
6. Der Leistungsbilanzüberschuß trägt zwar vorerst zur Minderung des Zahlungsbilanzrisikos und damit zur fristgemäßen Bedienung der Auslandsschulden bei. Die Dauerhaftigkeit dieser Entwicklung erscheint aber angesichts der traditionellen Schwächen des Exportsektors fraglich. Zu den wichtigen Risikofaktoren zählen dabei eine unelastische Abhängigkeit der Exportleistung von den Energieimporten, die hohen Gaschulden gegenüber Rußland sowie ein äußerst geringer Zufluß von ausländischen Investitionen wegen der Unbeständigkeit der Rechtslage, Korruption und Bürokratie.
7. Trotz einer kurzfristigen Beschleunigung unmittelbar nach der russischen Krise konnte die Jahresinflationsrate (Konsumgüterpreise) 1998 mit 20% (Dezember auf Dezember) durchaus in einem akzeptablen Rahmen gehalten werden. In den ersten drei Quartalen erreichte die Inflationsrate 10,1% und lag damit noch unterhalb des von der Regierung angestrebten Ziels.
8. Die Haushaltspolitik wurde zunehmend restriktiver. Das Defizit des konsolidierten Haushaltes betrug 1998 2%, im 1. Halbjahr 1999 dann nur noch 0,8% des BIP. Bezieht man jedoch die nicht ausbezahlten Renten und Löhne des Staates (insgesamt 2,8 Mrd. Hrn. zum 1.9.1999) in die Bewertung des Haushaltsdefizits mit ein, so steigt es um zwei bis drei Prozentpunkte. Geschwächt werden die Staatsfinanzen vor allem durch das chronische Zurückbleiben Einnahmen hinter dem Plan sowie die laufende Gewährung neuer Steuervergünstigungen.
9. Die krisenhafte Entwicklung im Finanzsektor griff 1998/99 erwartungsgemäß auf die Realwirtschaft über. Nach einem Rückgang des BIP von 1,7% 1998 nahm die Wirtschaftsleistung im 1. Halbjahr 1999 nach offiziellen Angaben weiter um 3% im Vergleich zum 1. Halbjahr 1998 ab. Vor dem Hintergrund strukturpolitischer Rückschläge und der drohenden Zahlungsunfähigkeit lassen sich auch für die absehbare Zukunft keine Anzeichen eines nachhaltigen Wachstums erkennen.
10. Die Industrieproduktion zeigt nach dem Rückgang um 1,5% 1998 Anzeichen einer Belebung. Nach dem Ergebnis der ersten neun Monate stieg sie um 2,3% gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode. Dagegen setzte sich in der Landwirtschaft der rückläufige Trend der Vorjahre fort, auch wenn sich die privaten ländlichen Wirtschaften erneut positiver entwickelten.

11. Der im Vorjahr sich anbahnende positive Trend bei den Investitionen und den Einkommen kehrte sich wieder um. Die Investitionen sanken im 1. Halbjahr 1999 um 12,3% gegenüber der Vorjahresperiode, die Reallöhne um 9,6%. Unter dem Druck der kräftigen Hrywnja-Abwertung sank damit die reale Konsumnachfrage der Haushalte beträchtlich. Die Zahl der Arbeitslosen ist zum 1.9.1999 weiter auf 1,1 Mio. Personen gestiegen.
12. Bei den wichtigsten strukturpolitischen Defiziten (die Überregulierung der Wirtschaft durch den Staat, die fehlende Transparenz und Unbeständigkeit des rechtlichen Rahmens und Korruption, das unterentwickelte System marktwirtschaftlicher Institute) wurden im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Herbst 1999 keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Trotz der Reformrückschläge wurde aber das EFF-Programm nicht abgebrochen. Die Fortsetzung des Programms soll nun Ende November 1999 neu verhandelt werden. Ohne eine deutliche Beschleunigung der Strukturreform ist aber nicht zu erwarten, daß die Mittel aus dem Programm weiterfließen.

Reallokation und Restrukturierung im ukrainischen Unternehmenssektor

13. Die Studie untersucht den Stand der Anpassungsprozesse im ukrainischen Unternehmenssektor vor dem Hintergrund einer theoretischen Konzeption der Reallokation und Restrukturierung. Reallokation meint neben Verschiebungen innerhalb der sektoralen Wirtschaftsstruktur vor allem die Verlagerung von Ressourcen und Produktionskapazitäten aus dem Staatssektor in den privaten Bereich. Daneben spielt ein zweiter Anpassungsmechanismus mit zunehmendem Fortschreiten der Reallokation eine wichtige Rolle, nämlich die Restrukturierung der Unternehmen selbst. Während die reaktive Restrukturierung erste Strukturanpassungen, insbesondere den Abbau der Überbeschäftigung, einleitet, ist für die wirtschaftliche Erholung entscheidend, wie schnell danach aktive Restrukturierungsprozesse eingeleitet werden. Diese umfassen nicht nur die Änderung der Eigentumsstrukturen im Rahmen der Privatisierung, sondern auch Veränderungen in der Struktur und Organisation der Produktion.
14. Analog zu diesem Konzept wird im Zuge der Reallokation der staatliche Sektor an Bedeutung verlieren und zunehmend Ressourcen für den expandierenden privaten Sektor freisetzen. Dieser Prozeß der Verschiebung der Eigentumsstruktur zugunsten des Privatsektors ist in den meisten Transformationsländern mehr oder weniger ausgeprägt zu beobachten. In der Ukraine erreicht laut EBRD der Anteil des Privatsektors am BIP 1998 55%. Allerdings unterscheidet diese Angabe nicht eindeutig zwischen privatisierten Unternehmen mit den verschiedensten Arten nichtstaatlichen Eigentums und neu entstandenen Privatunternehmen.
15. Für den Reallokationsprozeß ist jedoch entscheidend, in welchem Umfang Ressourcen vom schrumpfenden Staatssektor in neue private Unternehmen bzw. durch die Privatisierung entstehende Unternehmen fließen und in welchem Umfang dieser Prozeß gefördert oder behindert wird. Der originär private kleinbetriebliche Sektor ist

nicht nur unter Beschäftigungs- und Wachstumsaspekten von hoher Bedeutung, sondern auch im Hinblick auf die Förderung des Wettbewerbs und des daraus resultierenden Restrukturierungsdrucks auf staatliche Unternehmen. Die offiziellen Angaben zeigen, daß der Stellenwert der originär privaten Unternehmen in den meisten Sektoren sehr gering ist, wobei ein Teil der ausgewiesenen Unternehmen zudem nie operative Geschäfte aufnahm. Ein Großteil dieser Betriebe agiert in der Schattenwirtschaft. Lediglich in der Landwirtschaft entfällt ein nennenswerter Anteil der Produktion auf den privaten Bereich, darunter zu einem erheblichen Teil auf die privaten Hoflandwirtschaften. In der Industrie ist zwar der Anteil der sogenannten kollektiven Eigentumsformen, d.h. privatisierte bzw. entstaatlichte und in Aktiengesellschaften umgewandelte Unternehmen, deutlich gestiegen, originär private Unternehmen spielen aber keine Rolle.

16. Verantwortlich für die geringe Entwicklungsdynamik im Unternehmensbereich sind die unzureichenden Fortschritte bei der Liberalisierung bzw. Deregulierung. Die Entwicklung eines originär privaten Sektors wird nach wie vor durch eine exzessive Regulierung, ausufernde bürokratische Verfahren und Inspektionen durch zahlreiche Behörden behindert. Auch bei der Regelung des Marktaustritts, der ebenfalls für die Verlagerung der Ressourcen aus ineffizienten staatlichen Unternehmen in den privaten Sektor eine zentrale Rolle spielt, wurden noch keine entscheidenden Fortschritte erzielt. Zwar existieren inzwischen auch in der Ukraine entsprechende Regelungen zum Konkurs- und Liquidationsverfahren, deren Umsetzung ist jedoch noch nicht weit gediehen. Bislang wurde kein einziges mittleres oder großes Unternehmen für bankrott erklärt, obwohl viele Unternehmen dieser Größenordnung technisch insolvent sind.
17. Gegen den Markt bestehen können diese Unternehmen aufgrund einer - auch im Vergleich mit anderen Transformationsstaaten - ausgedehnten Subventionspraxis. Diese beinhaltet sowohl direkte Subventionen (Finanzhilfen und geldwerte Leistungen) an verlustreiche Unternehmen zur Finanzierung ihrer laufenden Ausgaben als auch indirekte Subventionen (Steueraufschub bzw. Steuerprivilegien und Steuererlaß, Vorzugskredite, Preissubventionen). Die Senkung der direkten im Staatshaushalt ausgewiesenen Subventionen wurde durch den Anstieg der indirekten Subventionen kompensiert. Insgesamt erreichen die direkten und indirekten Subventionen rund 20% des BIP.
18. Die umfangreichen Subventionen führen in der Konsequenz zu einer ineffizienten Ressourcenallokation mit entsprechenden Wachstumseinbußen, da es sich fast ausschließlich um Erhaltungssubventionen für unproduktive Unternehmen insbesondere im Bereich der Grundstoffindustrien und für die Landwirtschaft handelt. Gleichzeitig zeigt diese Subventionen, daß in der Ukraine ein beträchtliches Potential für die Verringerung des Haushaltsdefizits und der steuerlichen Belastung vorhanden ist. Die fehlende Transparenz des Subventionssystems, die an den vielen indirekten Subventionen deutlich wird, fördert ihrerseits das weitere Anwachsen der Subventionen und schafft günstige Voraussetzungen für Korruption und willkürliche Vergabe von Privilegien. Gleichzeitig wird damit der aufgeblähte Verwaltungs- und Ministerienappa-

rat (einschließlich zahlreicher Staatlicher Komitees) am Leben erhalten, der zu einem Gutteil mit der Vergabe und Verteilung von Subventionen befaßt ist.

19. Das System der Subventionen muß grundsätzlich reformiert und das Subventionsniveau gesenkt werden. Die Transparenz muß erheblich erhöht werden (etwa durch die Vorlage und Diskussion eines regelmäßigen Subventionsberichts im Parlament) und die Ursachen für das starke Ansteigen der indirekten Subventionen, hier vor allem der wachsenden Steuerausfälle, beseitigt werden. Die zunehmenden Subventionen stehen in engem Zusammenhang mit der Härtung der Budgetschränken für die Firmen durch die Stabilisierungspolitik. Mit den „erzwungenen“ Subventionen werden diese umgangen. Ein Indiz dafür ist die stark gesunkene Kreditvergabe der Geschäftsbanken an Unternehmen. Zusammen mit den Liquiditätsproblemen im Unternehmenssektor weichen viele Unternehmen daher auf die Nichtzahlung von Verpflichtungen sowohl gegenüber anderen Unternehmen als auch gegenüber den Staatshaushalt aus. Eine Rückführung der Steuerrückstände setzt voraus, daß der Marktaustritt verlustreicher Unternehmen erzwungen und die Privatisierung verstärkt wird. Voraussetzung dafür ist die Reform und Implementierung und Durchsetzung eines praktikablen Konkursrechts. Gleichzeitig könnte durch eine Verbreiterung der Steuerbasis bzw. eine Härtung der Steuerrestriktion die hohe steuerliche Belastung für alle Unternehmen reduziert werden. Soweit weiterhin Subventionen vergeben werden, sollten diese transparent und befristet sein und an konkrete, überprüfbare Bedingungen geknüpft werden. Erhaltungssubventionen müssen auf ein Mindestmaß gesenkt und im Idealfall beseitigt werden.
20. Die aktive Restrukturierung beinhaltet die Ausrichtung der Unternehmen auf neue Märkte, die Entwicklung neuer Produktsortimente und Produktionslinien sowie die Neuorganisation der Unternehmen und ist deshalb vor allem mit organisatorischen Maßnahmen, Rationalisierung und Investitionen in neue Produktionstechnologien verbunden. Nicht zuletzt deshalb setzt sie auch eine Änderung der Eigentumsstruktur voraus, da den staatlichen Unternehmen das notwendige Eigenkapital fehlt und ungeklärte Eigentumsverhältnisse sowie fehlende Sicherheiten Fremdfinanzierungen erschweren. Finanzierungen über Kapitalerhöhungen sind bei staatlichem Eigentum nahezu ausgeschlossen. Die Privatisierung als wichtiges Element einer aktiven Restrukturierung hat in der Ukraine, wie eine Unternehmensuntersuchung zeigt, bislang allerdings nicht die erhoffte Auswirkung auf die Restrukturierung gebracht.
21. In der Studie konnten dafür vor allem zwei Gründe identifiziert werden. Zum einen wird der Privatisierungsprozeß politisch blockiert, zum anderen hat die gewählte Art der Privatisierung zu einer Dominanz der Insider in den privatisierten Betrieben geführt. Insbesondere die Beschäftigten-Eigentümer in den privatisierten Unternehmen befürchten eine Ausweitung der Kontrollmöglichkeiten von Outsidern und negative Beschäftigungswirkungen bei einer konsequenten Restrukturierung. Gleichzeitig führt die politische Blockade der Privatisierung sowie die mangelnde Attraktivität vieler Unternehmen zu einer deutlichen Zurückhaltung außenstehender Investoren. Schließlich behindern auch institutionelle Mängel, wie etwa die noch ungelöste Frage des Erwerbs von Grund und Boden sowie das Fehlen eines transparenten Sekun-

- därmarktes eine wirksame Unternehmenskontrolle durch außenstehende Anteilseigner.
22. Diese Faktoren legen es nahe, zum einen den Blick verstärkt neben den rein formalen Änderungen der Eigentumsstrukturen auf die Bedeutung allgemein akzeptierter Spielregeln für eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Stärkung marktwirtschaftlicher Institutionen für die mikroökonomische Umstrukturierung zu legen. Zum anderen muß der massiven Konzentration der Eigentumsrechte bei Insidern als einer zentralen Barriere für eine vorwärts gerichtete Restrukturierung der Unternehmen entgegengewirkt werden. Die Studie plädiert daher für eine Erhöhung des Kapitals in den privatisierten Unternehmen, um dann in der Folge die Anteile von Insidern durch den Verkauf der neuen Anteile an externe Investoren zu verringern. Dies setzt entsprechende Rechte der Anteilseigner zum Kauf und Verkauf von Anteilen auf den Sekundärmärkten voraus, die bisher erheblich beschränkt sind. Auch die Anteile der Beschäftigten müssen frei handelbar und zumindest in der Übergangszeit nicht bei den Unternehmen selbst registriert sein, um einen Verkauf dieser Anteil ohne Druck durch andere Beschäftigte oder des Managements zu ermöglichen. Zu denken ist dabei auch an eine Beschränkung von Bezugsrechten der Insider-Eigentümer.
 23. Daneben sollten sich die Reformanstrengungen, auch mit Unterstützung der internationalen Geberorganisationen, verstärkt auf eine Privatisierung über Tender zu den international üblichen Verfahren der großen Staatsunternehmen konzentrieren. Die in jüngster Zeit von Präsident Kutschma ergriffenen Initiativen zielen damit im Prinzip in die richtige Richtung. Kurzfristig werden die Ergebnisse der Privatisierung jedoch entscheidend durch die institutionellen Rahmenbedingungen der gesamten Wirtschaft, hier vor allem auch die Möglichkeiten für das Entstehen eines originär privaten Sektors mit dem resultierenden Wettbewerbsdruck auf staatliche bzw. (insider-)privatisierte Unternehmen, geprägt. Defizite in diesem Bereich, d.h. im Marktzugang, beim Abbau der Überregulierung und Aufbau von Kapital- und Kreditmärkten, müssen daher vorrangig abgebaut werden, um der weiteren Privatisierung zum Erfolg zu verhelfen. Nur dann ist eine wesentliche Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum geschaffen.

Umstrukturierung und Arbeitsmärkte

24. Die Umstrukturierung auf Makro- und Mikroebene und die Förderung des Wachstums erfordern die allokativen Effizienz eines anpassungsfähigen und mobilen Arbeitskräftepotentials. Funktionierende Arbeitsmärkte sind darüber hinaus notwendige Voraussetzung, um Wohlfahrtsgewinne zu ermöglichen. Die Beschäftigungsanpassung folgt in der Ukraine einem anderen Muster als in den meisten mittel- und osteuropäischen Reformstaaten (etwa Polen und Ungarn). Während dort ein rascher Beschäftigungsabbau einhergehend mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität (d.h. die Beschäftigung ist - mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung - deutlich stärker als das BIP gesunken) zu verzeichnen ist, war in der Ukraine der

Beschäftigungsrückgang deutlich geringer als der Rückgang der BIP. Ein Großteil der Anpassung wurde hier von den Löhnen getragen. Entsprechend sinkt seit 1992 die gemessene Arbeitsproduktivität und liegt (im Unterschied zu Polen und Ungarn) auch 1998 noch weit unterhalb des Ausgangsniveaus. In der Industrie erfolgte ein überdurchschnittlicher Abbau der Beschäftigung, der ab 1996 auch mit einem allerdings geringem Anstieg der Arbeitsproduktivität verbunden ist. Die Tatsache, daß trotz der Abschwächung des Einbruchs der Industrieproduktion die Beschäftigung in der Industrie weiter überproportional abnimmt, weist jedoch darauf hin, daß hier noch ein sehr hoher Grad an Überbeschäftigung gegeben ist. Dies belegt, daß in der Ukraine die erste Phase der reaktiven Umstrukturierung noch nicht abgeschlossen ist und sich die Beschäftigung noch nicht auf einem effizienten Niveau eingependelt hat.

25. Gleichzeitig griffen viele Unternehmen auf alternative Formen der „Anpassung“ zurück. Die Beschäftigten bleiben zwar formal Angestellte, erhalten jedoch geringere oder keine Löhne (unbezahlter Urlaub) und suchen zunehmend in der Schattenwirtschaft Zusatzbeschäftigungen. Deutlich angestiegen sind zudem die Zahlungsrückstände bei den Löhnen. Unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten und Allokationsgesichtspunkten sind diese „Anpassungsformen“ kontraproduktiv. Sie binden Arbeitskräfte ohne diese produktiv einzusetzen. Die Arbeitskräftemobilität wird eingeschränkt und damit die Anpassung des Arbeitsmarktes an die Veränderungen der Wirtschafts- und Industriestruktur erschwert. Zudem verschleiert das hohe Ausmaß der Scheinbeschäftigung die tatsächliche Lage auf dem Arbeitsmarkt und erschwert die Einleitung beschäftigungspolitischer Maßnahmen.
26. Auf Seiten des Arbeitskräfteangebots ist bislang keine Entlastung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen. Die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter ist aufgrund der demographischen Entwicklung (negatives natürliches Bevölkerungswachstum) zwar rückläufig. Diese Entwicklung wurde jedoch durch den Anstieg der Erwerbsquote in etwa dem gleichen Umfang kompensiert. Bei massiv sinkenden Reallöhnen sind ursprünglich nicht arbeitende Personen zum Erwerbspersonenpotential hinzu gestoßen. Die traditionell hohe Erwerbsquote von Frauen hat sich in der Ukraine im Zuge der Transformation noch nicht verringert. Die Lücke in der Erwerbsquote zwischen Männern und Frauen hat sich sogar weiter geschlossen.
27. Bis 1994 nahm die Gesamtbeschäftigung erheblich ab, ohne daß dies zu nennenswerten Verschiebungen in der sektoralen Beschäftigungsstruktur geführt hätte. Seitdem sinkt die Beschäftigung in der Industrie und der Bauwirtschaft überdurchschnittlich und signalisiert eine, wenn bislang auch passive Restrukturierung. Die Anpassung der Beschäftigung innerhalb der Industrie folgt zwar zunehmend dem differenzierten Produktionsrückgang in den einzelnen Branchen, dennoch kann daraus noch nicht auf ein kostenminimierendes Verhalten der Betriebe geschlossen werden. Trotz Produktionseinbrüchen haben die Grundstoffindustrien unter dem Einfluß der staatlichen Kredit- und Subventionspolitik ihre relative Stellung ausgebaut und z.T. absolute Beschäftigungszuwächse erzielt. Die Lohnentwicklung belegt, daß sich die Löhne allmählich entsprechend der Arbeitsnachfrage differenzieren. Dabei spielt die unterschiedlichen Ausgestaltung der Budgetrestriktionen in den einzelnen Branchen eine nicht unerhebliche Rolle.

28. Der private Sektor, soweit in der offiziellen Statistik erfaßt, fungiert bislang noch nicht als Auffangbecken für freigesetzte Arbeitskräfte des staatlichen Sektors. Zwar hat sich der Beschäftigungsanteil des nichtstaatlichen Sektors insgesamt deutlich erhöht. Der originär private Sektor spielt jedoch noch keine entscheidende Rolle als Beschäftigungsmaschine. Unternehmensuntersuchungen zeigen, daß es im Rahmen der Privatisierung bzw. des Entstehens verschiedener nichtstaatlicher Eigentumsformen (AG) zu keinem schnelleren Abbau der Überbeschäftigung oder gar zu einem überdurchschnittlichen Beschäftigungswachstum gekommen ist.
29. Die Angaben zu den Einstellungen und Entlassungen zeigen eine auf den ersten Blick überraschend hohe Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt. Ein Großteil dieser Fluktuationen bezieht sich jedoch nicht auf den Beschäftigungsabbau im Rahmen der Restrukturierung, sondern auf Fluktuationen innerhalb bestehender Arbeitsplätze. Worauf dies zurückzuführen ist, läßt sich anhand der vorliegenden Daten nicht eindeutig klären. Eine zentrale Rolle dürfte jedoch spielen, daß sowohl Management als auch Beschäftigte bisher davon ausgehen konnten, daß der Staat aus allgemein- und sozialpolitischen Gründen einen Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit unterbinden will. Die individuelle Risikoeinschätzung einer möglichen Arbeitslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel dürfte daher gering sein, wie auch die Unternehmen auf der anderen Seite von weiteren indirekten Subventionen ausgehen können.
30. Arbeitslosigkeit existiert nach den, allerdings wenig aussagekräftigen offiziellen Angaben erst seit 1995. Sie steigt seitdem aber massiv an. Aussagekräftigere Angaben aufgrund von Haushaltsbefragungen (ILO-Methode) zeigen bereits eine hohe Arbeitslosenquote, die 1999 auf rund 15% zunahm. Gleichzeitig sank die Zahl der offenen Stellen beträchtlich und stagniert seit 1996 auf äußerst niedrigem Niveau. Aufgrund der regionalen Disparitäten in der Wirtschaftsentwicklung streut die Arbeitslosenquote erheblich zwischen den einzelnen Regionen. Die höchsten Arbeitslosenquoten weisen jedoch nicht die schwerindustriellen Zentren des Ostens der Ukraine auf, bei denen aufgrund der veralteten Industriestruktur ein erhöhter Anpassungsbedarf vermutet werden könnte. Ursächlich dafür ist der verzögerte Strukturwandel in diesen Gebieten insbesondere im Donbass, dem Zentrum der ukrainischen Kohleindustrie. Die beschränkte Datenbasis über interregionale Arbeitsmarktströme deutet darauf hin, daß im Grunde regionale Arbeitsmärkte existieren und kaum Arbeitskräftebewegungen zwischen den einzelnen Regionen erfolgen. Aufgrund der bislang geringen Beschäftigungseffekte durch die langsame Entwicklung des privaten Sektors hätte jedoch auch von einer erhöhten interregionalen Mobilität mindestens kurzfristig keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt erwartet werden können.
31. Der ukrainische Arbeitsmarkt weist bislang nur geringe Kapazitäten zur Reintegration von Arbeitslosen in die Beschäftigung auf. Über 40% der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose (länger als 12 Monate arbeitslos), bei Frauen liegt dieser Anteil noch höher. Zusammen mit der hohen Jugendarbeitslosigkeit stellt dies eine der zentralen Herausforderungen an die Arbeitsmarktpolitik dar, da Erfahrungen westlichen Industrieländer zeigen, daß Arbeitslosigkeit um so dauerhafter ist, je höher der Anteil von Langzeitarbeitslosigkeit an der gesamten Arbeitslosigkeit ist.

32. Die institutionellen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes bedürfen einer Neuregelung. Gültig ist bislang der Arbeitskodex aus dem Jahr 1972, der z.B. keine individuellen Arbeitsverträge vorsieht. Schriftlich fixierte Arbeitsverträge stellen bislang eher die Ausnahme dar. Die Beschäftigten haben kaum Möglichkeiten bei einer Verletzung ihrer Rechte, ihre Ansprüche durchzusetzen. Die Betriebe berücksichtigen in ihrer Beschäftigungspolitik noch in erheblichem Maße soziale Überlegungen und sind vom labour hoarding noch nicht ganz abgekommen. Da bei Entlassungen die Zahlung eines dreimonatigen Übergangsgeldes vorgeschrieben ist, weichen die Unternehmen auf die o.g. alternativen „Anpassungsformen“ aus. Die Arbeitsmarktpolitik hat auf die steigende Arbeitslosigkeit mit der Einführung eines Arbeitslosengeldes reagiert. Dieses ist sowohl was die Dauer der Zahlung als auch die Höhe angeht, sehr restriktiv gestaltet und sichert insbesondere bei Langzeitarbeitslosen kein ausreichendes Mindestniveau. Negative Incentives für eine Arbeitsaufnahme sind aufgrund dieser Regelungen nicht zu erkennen. Aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit einerseits, sowie des geringen Einnahmezufusses andererseits, absorbiert die Finanzierung des Arbeitslosengeldes einen Großteil der Mittel des Staatlichen Beschäftigungsfonds. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik spielt daher in der Ukraine bisher keine wesentliche Rolle.
33. Wichtigste Voraussetzung für die Einleitung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik sind zunächst strukturelle und institutionelle Reformen, die die Voraussetzungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze schaffen. Wesentliche Elemente einer solchen Politik sind die Verbesserung der Infrastruktur und die Förderung von Investitionen. Unter Beschäftigungsaspekten entscheidend ist der Abbau administrativer Hemmnisse, der zudem relativ geringe finanzielle Mittel erfordert. Parallel dazu sollte eine aktive Arbeitsmarktpolitik durch die Qualifizierung von Arbeitslosen, die Förderung kleiner Unternehmen und eventuell öffentliche zeitlich begrenzte Beschäftigungsprogramme wirksam werden. Eine Spezialstudie von Wittkowsky zur Arbeitsmarktpolitik in der Ukraine schlägt einen integrierten arbeitsmarktpolitischen Ansatz vor, der die Arbeitsmarktpolitik durch institutionelle Neuerungen und inhaltliche Verknüpfung mit Regionalpolitiken auf bestimmte Zielgruppen zuschneidet. Dieser Ansatz entspricht auch nach unsere Auffassung Verbesserungen bei der effizienten Allokation der Arbeitskräfte.

Summary

1. This report focuses on the restructuring process in the Ukrainian corporate sector and the development of the labour market. As many cross-section studies show, a decisive role in the successful passage to a road of growth within the framework of transition is played above all by structural reforms. Although the typical stabilisation programmes for transition countries put their emphasis on macroeconomic parameters like controlling the supply of money and reducing budget deficits, they also contain structural components which are designed to force the enterprises into active restructuring and consequently have an impact on the supply side. These components include the reduction of the over-employment (labour hoarding) inherited from the planned economy. In the final analysis, it is this ineffectual simultaneous supporting and consolidating of a restrictive macroeconomic stabilisation policy through microeconomic incentives and structural reforms that is at the root of the continuing downward trend in Ukraine's economic development and has failed to stimulate any active restructuring of the enterprises.

Economic development 1998/98

2. Ukraine's economic development in 1998/99 stands under the sign of the worsening financial and debt crisis. In 1999 the growing burden from debt servicing appears to have surpassed the mark of what is economically sustainable. If the soft fiscal policy is maintained and structural reforms are subject to further delays there is a threat of financial collapse.
3. The gross foreign indebtedness reached a level of US\$ 12.4bn as at 1st July 1999. The debt servicing ratio (debt servicing in relationship to exports) rose from 6.6% in 1996 to 12.5% in 1998 and came to no less than 15.3% in the first half-year of 1999. In the light of the very high payments of interest and discharges coupled with falling exports, a further increase to an estimated 19.0% is to be expected for the year 2000. The national bank's foreign exchange reserves are the equivalent of about 3 to 4 weeks' imports, an amount that is far short of the amount that would be required to cover the repayments scheduled for 2000 amounting to a total of US\$ 3bn (including the repayments to the IMF).
4. The deteriorating foreign economic position of the Ukrainian economy led to a very high risk of default for a short time. The foreign debts due in 2000 can no longer be serviced without restructuring (rescheduling). Ukraine will only be able to avert insolvency by adopting a catalogue of extraordinary measures such as postponing the repayment of the Eurobonds.
5. The worsening of the financial and debt crisis in Ukraine in the autumn of 1998, the crisis in Russia, and the less favourable economic development in the international

markets led to a dramatic decrease in Ukraine's foreign trade. According to provisional figures, the slump in exports already registered in 1998 persisted in the 1st half-year of 1999, gathering momentum to reach a level of -15.4% compared with the corresponding period in the previous year. Since imports deteriorated even more sharply (-29.5% in the 1st half-year of 1999 compared with the 1st half-year of 1998), the trade balance showed a surplus of US\$ 602m. The current account closed the 1st half-year of 1999 with a surplus of US\$ 443m (compared with -1,019m in the 1st half-year of 1998).

6. The current account surplus is momentarily contributing to a reduction in the balance of payment risk and hence to the scheduled servicing of the foreign debts. The sustainability of this development appears to be questionable in view of the traditional weaknesses in the export sector. Among the important risk factors in this context is an inflexible dependence of export performance on energy imports, the high gas debts towards Russia, and an extremely small influx of foreign investments on account of the instability of the legal situation, corruption, and bureaucracy.
7. In spite of a brief acceleration immediately after the Russian crisis, the annual inflation rate (prices of consumer goods) was kept well within acceptable limits in 1998 at 20% (December to December). In the first three quarters the inflation rate reached 10.1% and therefore failed to reach the target the government had set.
8. Budgetary policy became increasingly restrictive. The deficit in the consolidated budget came to 2% in 1998, in the 1st half-year of 1999 it was only 0.8% of GDP. If the pensions and wages that were not paid by the state (totalling Hrn 2.8bn as at 1st September 1999) are included in the evaluation of the budget deficit, however, it increases by two to three percentage points. State finances are weakened above all by the chronic failure of income to keep up with the schedule and the constant granting of tax benefits.
9. As expected, the extremely critical development in the financial sector spread into the real economy in 1998/99. After a decrease in GDP of 1.7% in 1998, economic performance in the 1st half-year of 1999 fell further according to official figures by 3% compared with the 1st half-year of 1998. Before the backdrop of structural reverses and imminent insolvency there are no signs of any sustained growth being achieved in the foreseeable future either.
10. After a decrease of 1.5% in 1998 industrial production is showing some signs of recovery. In the first nine months it increased by 2.3% compared with the corresponding period in the previous year. In the agricultural sector, on the other hand, the downward trend of previous years continued, even though the private rural economies again developed more positively.
11. As far as investments and income are concerned, the positive trend that began to emerge in the previous year was reversed again. Investments dropped in the 1st half-year of 1999 by 12.3% compared with the corresponding period in the previous year, real wages fell by 9.6%. Under the pressure of the immense devaluation of the Hryvna, there was a substantial fall in the real demand for consumer goods from the

households. The unemployed figure has continued to rise, reaching a figure of 1.1m as at 1st September 1999.

12. In the run-up to the presidential elections in the autumn of 1999 no striking progress was made in respect of the most important structural deficits (the excessive regulation of the economy by the state, the lack of transparency and stability in the legal framework and corruption, the underdeveloped system of market economy institutions). In spite of these setbacks to reform, the EFF programme was not abandoned. The continuation of the programme is now to be re-negotiated at the end of November 1999. Without a significant acceleration in the pace of structural reform, however, it is not to be expected that funds will continue to flow from the programme.

Reallocation and restructuring in the Ukrainian corporate sector

13. The study investigates the progress that has been made in the adjustment processes in the Ukrainian corporate sector before the backdrop of a theoretical conception of reallocation and restructuring. In addition to shifts in the sectoral structure of the economy, reallocation means above all the transfer of resources and production capacities from the state sector to the private sector. Additionally, an important role is also played by a second adjustment mechanism as reallocation makes continuing progress, namely the restructuring of the enterprises themselves. While reactive restructuring introduces the first structural adjustments, particularly the reduction of labour hoarding, the decisive factor for economic recovery is how long it takes for active restructuring processes to be introduced afterwards. These embrace not only the change in ownership structures within the framework of privatisation but also changes in the structure and organisation of production.
14. In line with this concept, the significance of the state sector will decrease as a consequence of reallocation and the state sector will release more and more resources to be used in the expanding private sector. This process of shifting the ownership structure in favour of the private sector may be observed to a greater or lesser degree in the majority of transition countries. According to the EBRD the share of the private sector in GDP in Ukraine reached a level of 55% in 1998. In this figure there is no clear distinction, however, between privatised enterprises with the most varied kinds of private ownership and newly established private enterprises.
15. The decisive factor for the reallocation process, however, is to what extent resources flow from the shrinking state sector into private enterprises that are newly established and private enterprises that arise as a consequence of privatisation and to what extent this process is promoted or obstructed. The sector of newly established private small businesses is not only of great significance in terms of employment and growth but also in terms of stimulating competition and exerting the subsequent restructuring pressure on state enterprises. Official figures show that newly established private enterprises have a very low rank in the majority of sectors, although a number of the enterprises accounted for have not even entered into operative business dealings. A large majority of these enterprises operate in the shadow economy. The

agricultural sector is the only area in which a significant share of production is accounted for by the private sector, to which the private plots make a substantial contribution. The share of the so-called collective forms of ownership, i.e. enterprises that have been privatised or demonopolised and converted into joint stock companies, has increased distinctly in the industrial sector, but enterprises private from the very beginning play no role at all.

16. The meagre dynamism in the development of the corporate sector is due to the inadequate progress being made in terms of liberalisation and deregulation. The development of an original private sector continues to be obstructed by excessive regulation, dilated bureaucratic procedures, and inspections that are carried out by numerous authorities. No decisive progress has been achieved either in the regulations governing market exits, which is also of central significance in the transfer of resources from inefficient state enterprises to the private sector. Although there are regulations governing bankruptcy and liquidation procedures in Ukraine, little progress has been made so far in actually implementing them. Not one medium-sized or large enterprise has yet been declared bankrupt although many enterprises of this size are technically insolvent.
17. These enterprises are able to hold their own against the market on account of a subsidising practice which is – also in comparison with other transition states – extensive. This embraces not only direct subsidies (financial aid and benefits in kind) granted to loss-making enterprises so that they can finance their fixed expenses but also indirect subsidies (tax deferments or tax relief and tax privileges and tax remissions, preferential credits, price subsidies). The lowering of the direct subsidies included in the budget was offset by the increase in indirect subsidies. Taken together, direct and indirect subsidies are equivalent to about 20% of GDP.
18. The consequence of these extensive subsidies is an inefficient allocation of resources with correspondingly lower growth rates, as they are almost all merely production subsidies for preserving unproductive enterprises particularly in the sector of the base industries and agriculture. At the same time, these subsidies show that there is a considerable potential in Ukraine for cutting the budget deficit and the tax burden. The lack of transparency in the subsidising system which is made apparent by the many indirect subsidies, promotes in turn a further rise in subsidies and creates conditions that are favourable for corruption and an arbitrary granting of privileges. At the same time the bloated administrative and ministerial apparatus (including numerous State Committees) is kept alive, which is largely concerned with the granting and distributing of subsidies.
19. The system of subsidies must be subject to radical reform and the level of subsidies lowered. Transparency must be increased considerably (for instance by the submission and discussion of a regular subsidy report in parliament) and the causes of the heavy increase in indirect subsidies, which means in this context in particular the mounting tax deficit. The increasing subsidies are closely linked with the tightening of budget constraints for the firms as a result of the stabilisation policy. These are averted by means of the "forced" subsidies. An indication of this is the sharp decline in credits granted to enterprises by the commercial banks. Simultaneously with the

liquidity problems in the corporate sector, many enterprises are therefore resorting to the non-fulfilment of their obligations both towards other enterprises and towards the budget. If the tax arrears are to be reduced, it will be necessary to enforce the market exits of loss-making enterprises and to step up the process of privatisation. This will depend upon the reform and implementation and enforcement of a practicable bankruptcy law. At the same time, a broadening of the tax basis and a tightening of budget constraints could reduce the high tax burden for all the enterprises. Insofar as subsidies continue to be granted, they should be made transparent, limited in time, and linked to concrete conditions that can be monitored. Production subsidies for preserving unproductive enterprises must be brought down to a minimum and ideally removed altogether.

20. The process of active restructuring embraces the orientation of the enterprises towards new markets, the development of new ranges of products and production lines, and the reorganisation of the enterprises themselves and is therefore connected with organisational measures and investments in new production technologies. For this reason too, active restructuring requires that there is a change in the ownership structure because the state enterprises do not have the necessary equity capital and unresolved questions of ownership and a lack of collateral impede external financing. Financing by means of capital increases is more or less out of the question in the case of state-owned property. As a survey of enterprises has shown, however, privatisation as an important element of active restructuring has not yet had the effects on restructuring that had been hoped for in Ukraine.
21. The study identifies two main reasons for this. On the one hand, the privatisation process is being blocked politically, and on the other the chosen form of privatisation has led to a predominance of insiders in the privatised enterprises. The employed owners in the privatised enterprises in particular are afraid that stringent restructuring will lead to more control possibilities for outsiders and negative effects on employment. At the same time, the political blockade against privatisation and the lacking attractiveness of many enterprises results in an unmistakable stance of reserve on the part of outsider investors. Finally, institutional shortcomings, like the still unresolved question of the purchase of real estate and the lack of a transparent secondary market also prevent an effective control of enterprises by outsider shareholders.
22. In the light of these factors, it is essential that, in addition to the purely formal changes in ownership structures, closer attention be directed to the significance of the generally accepted rules of the game for a functioning market economy and the strengthening of market-economy institutions for microeconomic restructuring. On the other hand, the massive concentration of ownership rights with insiders must be combated since this is one of the central barriers to a forward-striving restructuring of the enterprises. The study therefore appeals for an increase in the capital of privatised enterprises so that as a consequence the ratio of insider shares can be reduced through the sale of the new shares to external investors. This will require that shareholders are granted the corresponding rights to buy and sell shares on the secondary markets, rights which have been considerably restricted up to now. Employee shares

must also be freely negotiable and in the transition period at least should not be registered with the enterprises themselves in order to allow the employees to sell their shares without being put under pressure by other employees or management. Another possibility worth considering in this connection is also restricting the subscription rights of insider owners.

23. In addition, the reform efforts should concentrate more on a privatisation by means of tenders on the basis of the internationally customary procedures of the large state enterprises and this should also have the support of the international donor organisations. In principle, therefore, the initiatives recently adopted by President Kuchma are going in the right direction. In the short term, however, the results of privatisation will be largely depend upon the institutional framework of the economy as a whole, which means in this context above all the possibilities that exist for the evolution of an original private sector with the resulting competitive pressure on state-owned and (insider) privatised enterprises. Removing the inadequacies in this area, i.e. in terms of market access, the reduction of excessive regulation and the development of capital and credit markets, must therefore be given priority in order to help the process of privatisation along the road to success. Only then will a primary precondition for sustained growth have been achieved.

Restructuring and labour markets

24. Restructuring on macroeconomic and microeconomic levels and the promotion of growth require that adaptable and mobile labour resources are allocated efficiently. Functioning labour markets are furthermore an essential prerequisite to facilitating welfare gains. The adjustment of employment in Ukraine follows a different pattern to that followed in the majority of the central and eastern European reform states (like Poland and Hungary, for instance). In these countries there has been a rapid drop in employment coupled with a distinct increase in productivity (i.e. employment has fallen - with a certain time lag - much more sharply than the GDP). In Ukraine, on the other hand, the drop in employment has been much less than steep than the decrease in GDP. A major portion of the adjustment has been borne by wages. Accordingly, the calculated productivity has been falling since 1992 and in 1998 it was again (unlike in Poland and Hungary) far below the level at the beginning of transformation. In the industrial sector there has been an above-average cutback in employment, which since 1996 has been linked with an albeit modest increase in productivity. Nevertheless, the fact that, in spite of the less pronounced downswing in industrial production, employment in the industrial sector is continuing to decrease at such an above-average rate, is an indication that there is still a very high level of labour hoarding in this sector. This shows that in Ukraine the first phase of reactive restructuring has not yet been completed and employment has not yet found a level that is efficient.
25. At the same time many enterprises have resorted to alternative forms of adjustment. The workers are formally still employees but they receive a low wage or none at all

(unpaid holiday) and increasingly seek additional employment in the shadow economy. There has also been a sharp increase in arrears in the payment of wages. These "forms of adjustment" are counter-productive as far as the labour market and allocation are concerned. They bind manpower but do not use this manpower for productive purposes. The mobility of labour is restricted, hence making it more difficult for the labour market to adjust to the changes in the structure of the economy and industry. Also the high level of virtual employment veils the true position on the labour market and hampers the introduction of employment policy measures.

26. As far as the labour supply is concerned there has been no easing of pressure on the labour market to date. Although the size of the population of working age is going down on account of demographic developments (negative natural population growth), this development has been offset by the employment rate rising at about the same rate. With a massive decline in real wages, people that were originally not working have now joined the potential labour force. The traditionally high employment rate of women has not yet been reduced in the wake of transition in Ukraine. The gap in the employment rate between men and women has in fact narrowed even further.
27. In the period up to 1994 the overall employment rate fell considerably without this leading to any notable shifts in the sectoral structure of employment. Since then employment in the industrial and building construction sectors has fallen at an above-average rate and may be seen as a indication of hitherto albeit passive restructuring. Although the adjustment of employment in industry is following more and more closely the different rates of production decline in the individual sectors, this cannot yet be regarded as an indication of a cost-minimising approach on the part of the enterprises. In spite of slumping production, the base industries have strengthened their position relative to the other industries under the influence of the state's credit and subsidy policy and have even achieved in part absolute employment growth rates. Wage development shows that wages are gradually changing individually in line with the demand for work. A not inconsiderable role is played in this context by the differences in the form of budget restrictions in the individual sectors.
28. The private sector, insofar as this is included in the official statistics, is not functioning yet as a catch basin for the labour force released by the state sector. Although the private sector's share of the workforce has increased substantially, the original private sector is not yet playing a decisive role as an employment engine. Surveys of enterprises show that in the course of privatisation and the emergence of various forms of private ownership (joint stock companies) there has been no acceleration in the reduction of labour hoarding, let alone an above-average growth in employment.
29. Judging by the statistics of how many people are hired and released, there seems to be at first sight a surprisingly high rate of fluctuation on the labour market. A large proportion of these fluctuations are related not to the reduction of employment within the framework of restructuring, but to fluctuations within existing jobs. What this is to be attributed to cannot be said definitively on the basis of the available data. A central role is probably played by the fact that both management and the workers

have been able to assume that for general political and social political reasons the state wishes to prevent open unemployment from rising. The individually perceived risk of becoming unemployed when changing jobs is therefore probably quite small, in just the same way as the enterprises for their part can expect further indirect subsidies.

30. According to albeit not particularly informative official figures, unemployment has only existed since 1995. Since then, however, it has been mounting tremendously. More informative figures on the basis of door-to-door interviews (ILO method) suggest that the unemployment rate is already high, mounting to 15% in 1999. At the same time the number of vacancies fell dramatically and since 1996 has been stagnating at an extremely low level. On account of the regional differences in economic development, there are also very wide differences in the unemployment rate from region to region. The highest unemployment rates are not in the heavy-industrial centres of eastern Ukraine, where an elevated need for adjustment might be expected on account of the old-fashioned industrial structure. This is due to the delays in structural change in these areas, particularly in the Donbass, the centre of the country's coal industry. The limited data basis for interregional labour market streams indicate that there are in essence regional labour markets and there are hardly any movements of labour between the individual regions. On account of the hitherto minor effects on employment as a result of the slow development of the private sector, however, even an elevated interregional mobility could not have been expected to bring any improvement on the labour market at least in the short term.
31. The Ukrainian labour market's capacity to reintegrate unemployed people into the workforce has been meagre to date. More than 40% of the unemployed are long-term unemployed (having been without work for more than 12 months) and the share is even higher as far as women are concerned. This, together with the high rate of youth unemployment, is one of the central challenges facing the country in terms of its labour market policy, as the experience of western industrialised countries shows that the higher the proportion of long-term unemployed in the overall unemployment figure the more long-lasting unemployment tends to be.
32. The general institutional conditions of the labour market need to be newly regulated. The work code that has applied up to now goes back to the year 1972 and this does not provide for any individual contracts of employment, for instance. Written and fixed contracts of employment have so far been the exception rather than the rule. Employees have hardly any way of pressing their claims in the event of an infringement of their rights. In their employment policies, the enterprises still pay great attention to social considerations and have not managed to desist from labour hoarding completely. As the work code requires a three-month enterprise-funded severance pay, the enterprises resort to the above-mentioned alternative "forms of adjustment". The labour market policy has reacted to the rising rate of unemployment with the introduction of unemployment pay. This is very restrictive in nature, in terms of both the duration and the size of the payments, and does not guarantee an adequate minimum level particularly as far as the long-term unemployed are concerned. These regulations do not represent any form of negative incentive for taking

up employment. On account of rising unemployment on the one hand and the low volume of revenue on the other, the financing of unemployment pay absorbs a large portion of the State Employment Fund's reserves. An active labour market policy has so far failed to play any significant role in Ukraine.

33. The most important prerequisites for the launching of an active labour market policy are structural and institutional reforms which will establish the conditions for the creation of new jobs. Essential elements of such a policy are the improvement of the infrastructure and the encouragement of investments. The most decisive of the employment aspects is the removal of administrative hurdles, which is something that also requires relatively little financial outlay. Parallel to this, an active labour market policy should become effective through the retraining of those made redundant, the promotion of small enterprises, and possibly temporary public employment programmes. A special study by Wittkowsky on the labour market policy in Ukraine proposes an integrated labour-market policy approach which through institutional innovations and concrete connections with regional politics would tailor labour market policy to certain target groups. In our opinion, this approach would also correspond with improvements in the efficiency of allocating labour resources.

Ñòèñèèé àèèèää çì Ñòó

1. Óái òðàèüí èì ì ðààì àòìì öüíâì àìñè³àæáííý ° ðàñòðóèòóðèçàò³ý ñàèòíðó ì³àì ðè³ì ñòà Óèðàçì è òà ðìçàèòíè ðèíèó ì ðàò³. Çà àèñííàèè è áàààòüíò àìñè³àæáíü ñòðóèòóðí³ ðàòíðì è à³à³ðàðòü ìðíà³íó ðìèü à àìñýáíáí³ àèíííì³-ííâì çðìñòáííý à ìðìòáñ³ òðáìñòíðì àò³; Òèííà³ ìðíàðàì è ñòàà³è³çàò³ ìàðàò³áíèò àèíííì³ è çìñàðàæàòðòüñý ìàðø çà àñà íà àìèíáíèò ìàèðíàèííì³-ííèò ìíèàçíèèèàò, ýè-íò èííòðìè³ çà àðìòíáìð ìàñíð òà ñèíðì-áíí³ àðàæàòíèò ààò³òèò³à. Í áíàè àííè ì àðòü çààæàè è ñòðóèòóðíèè èèííííáíò, ùí ìíàèíáí ìðèìòñèòè ì³àì ðè³ì ñòàà áààòèñý àì àèòèáííç ðàñòðóèòóðèçàò³, à à³àòàè ñíðààèýòè àíèèà íà áíò³ ìðìííçèò³. Ñèèàáíáìð ðàñòðóèòóðèçàò³ ì³àì ðè³ì ñòà ° è³èà³ààò³ý íààì³ðííç çàéíýòíñò³ (*labour hoarding*). Ñàì à íàçààòí³ñòü óèð³èèòè æíðñèòó ñòàà³è³çàò³éíó ìíè³òèèòó íàèàæííð ìíòèààò³ íà ì³èðíð³áí³ òà ñòðóèòóðíèè è ðàòíðì àì è çðàòóìð é ° àìèíáíèì-èííèèì òðèààèíáì ìàà³ííý óèðàçìñüèíç; àèíííì³èè òà à³àñòóííñò³ áóäü-ùí àèòèáííç ðàñòðóèòóðèçàò³; à ðààèüííì ó ñàèòíð³.

Àèíííì³-ííèè ðìçàèòíè ó 1998-1999 ðð.

2. Àèíííì³èà Óèðàçìè ìðìòýáíì 1998-99 ðíè³à ðìçàèàèèàñý ì³à çíàèíì çàáìñòáííý ò³íáíñíáìç òà áíðáíáìç èðèçè. Òýààð ìàñèóáíáóááííý áíðáó çà àñ³ à íçíàèè è ìàðààè-ùèà ð³àáíü, ùí èíáì ìíæà àèòðèì àòè àèíííì³èè. Ó ðàç³ ìðíáíáæáííý ì³ýèíç; ò³ñèàèüííç ìíè³òèèè òà ìíààèüòíáì çáíè³èáííý çç ñòðóèòóðíèè è ðàòíðì àì è Óèðàçì³ çààðíæò³ ò³íáíñíèè èíèèàíñ.
3. Çíáí³òíý çàáíðáíááí³ñòü áðòóòí ñýáíóèà íà 1 èèííý 1999 ð. 12,4 ì èðà. àíèè. Èáíòà ìàñèóáíáóááííý áíðáó, ñààòí à³áííòáííý èíáì àì ìðòèçàò³; òà ñíèàòè à³àñíòè³à àì àèñííðòó, çðìñèà à³à 6,6% 1996 ð. àì 12,5% 1998 ð. ñòàííàèèà ó ìàðòíì ó ì³àð³-³ 1999 ð. àæà 15,3%. Ó 2000 ðíò³, èíèè íà òè³ ñèíðì-áííý àèñííðòó àìáààòüñý ñíèàòèòè àóæà áàèèèòó ñòí ó çà à³àñíòèàì è òà ìñííáííç-àñòèèè àíðáó, ìíæáì ì³èóáàòè ìíààèüòíáì çðìñòáííý öüíâì ìíèàçíèèè àì 19%. Í àýáí³ ààèðòí³ ðàçàðàè Í àò³íàèèíáì ááíèòó çíàòíàýòüñý ìà ð³áí³ á³à òðüíòó àì-íòèòüíò òèæí³à³ ìííðòó, ùí ° àáñíèðòíí íàáìñòàòí³ àèý çàááçíà-áííý ìàèàæíèò ñíèàò á ñòí³ 3 ì èðà. àíèè. (ç òàòóóááííý ìíààðíáííý áíðá³à Ì ÁÓ).
4. Á³à-òóíà ìíá³ðòáííý çíáí³òíüíç ìíçèò³; óèðàçìñüèíç; àèíííì³èè ìðèçààèí àì àìñòðìç çààðíçè ìíèèàòíñí ðíìíæáííò³ (ààòíèòó) ìðìòýáíì ìàéàèè-íáì ðíèò. Áàç ìàðáíòíðì èáííý (ðàñòðóèòóðèçàò³) Óèðàçìà àæà á³èüòà íà à ñòàí³

ai idaoeny 3c ai daai e, ui o 2000 di o3 ia eae adou ai ni eade. Cai ia aoe aa oi eoo i iaeia e eoa ia acae ae ei ei e caoi aai e, ia i de e eaa a adac ai i iaeai nou i di i adai ana i y nodi eo i i aa oai i y ad i i ce e.

5. Caai nodai i y o3 ai ni ai l da ai dai ai; ede ce a Oedaj i3 ai nai e 1998 d., di n3 enuea ede ca da ia ni de yo e eaa ei i 'pi e ooda i ae ad i ai eo dei e3a ni de e ei e e d3 cea nei di ai i y oedaj ni ei l ci ai o i ui l oi da3 ae3. I aa3 i y aeni idoo, ca da nodi aa i a ua 1998 d., i i ne e e ei ny o i ad oi o i ad3 +-+ 1999 d. ai -15,4% (ca i i i adaa i3 e aa i ei e) o i i d3 ai yi i3 c a3 ai i a3 ai ei i ad3 ai i i ei oi ai di eo. Ca aay ee ua a3 eu oi o nei di ai i b3 i i idoo (-29,5% o i ad oi o i ad. 1999 d. ai i ad oi ai i ad. 1998 d.) oi dai aa eu i e ae ai n a oa caaa ae e3c ia ae e o ei o 602 i ei. ai ee ad3a. I i ce o e ai a na eu ai i di +-i ai da o oi eo i e ad3 ae i ai ae ai no ne ae i o i ad oi o i ad3 +-+ 1999 d. 443 i ei. ai ee. (-1019 i ei. o i ad oi o i ad. 1998 d.).
6. Ia ae e o i e i di +-i ai da o oi eo o, cae ae i i ae, aa ae e ae i e ei e ei i, ui ci ai o o de ce e aa no a3 e3 ca o3; i e ad3 ae i ai ae ai no da ni de y o a ai ni o ia ne oi ai a o ai i b ci ai o i ui ai ai da o. I di da o de ae a3 nou o3o; ne o oa o3; ae e e e e o noi i3a c ia ey a o ia o da ae o3 ei3 aa ae ci ai o i ui ai nae oi do. A i ad o +- ad a o ae i do e a cae a i3 nou aeni idoi ai ae di ai e o oa a3a3 i i idoo ai ad ai i i n3 a, aa e e e e ae ci ae e ai da di n3; da ae dae i e eu e e d3 ai u i i ca i i e o3 i aa no e o3 e +- ad ac i a o no ae ai3 nou cae i i i aa no aa, ei do i o3 b da a b di e da o3 b.
7. i o ey o3 ni i ae e e o o3i, i i de ia ai a i de nei dai i y a3 ad a o i n ey di n3 enue i; ede ce, ca ad3 ae a ny 1998 di eo ia o3 e ei i de e i y oi i i o d3 ai3 20% (ad o ai u ai ad o ai y). I di o y ai i n3 i y - ad a ni y 1999 d. ni i ae e +- o3i e c di no ae i i a3 eu i3 o a, i3 ae i ad a a a +- a a o dy a (10,1%).
8. Ia aae3 ae i do e3 o i b a o e a a b ae a o i a i i e3 o e e a. 1998 d. aa o3 o e o ei i ni e3 ai aa i ai a b ae a o ne e a a 2%, a o i ad oi o i ad3 +-+ 1999 d. - e e o a 0,8% AA I. I ai ae c o da o o ai i y i ca i dai ai i no ae ad ae ae c ca di a3 oi i l; i e ad e da i ai n3 e (2,8 i e da. adi. ia 1 ad a ni y 1999 d.) aa o3 o e o ae u ei ia aa o de a3 ai ni o e i ae o i oi e o a. O di i3 +- i i ca ae u ai3 i +- e o ai i y ui ai i i aa o e i ae o ia a o i ae ai u da a ci ad a dai a ia a ai y i i ae o i i aa o e i ae o i3 eu a o ai ei ai ei e e ei i e e ai e ne a ae i no3 ad ae ai eo o3i ai n3 a.
9. O3i ai ni aa ede ca 1998 d. ni da ae e a, ye3 i +- e o a ae i ny, ia a ad e ai e e ai e e a ia di cae oi e da ae ui i ai nae oi do. I aa3 i y da ae ui i ai AA I (-1,7% 1998 d.) i de nei de ei ny i di o y ai i i ad oi ai i ad3 +-+ y 1999 d., ny ai o a o e 3% o i i d3 ai yi i3 c n3 i ai - +- ad ai ai i i i ad aa i ui ai di eo. I ci ae o no ae ai i ai c di no ai i y ia a a e o e e o ia e ae e ae +- i i o ia a o i ui o, ye ui ca ae e o e ia ca i do ai i y no do e o di i l; da oi di e da ca ad i co i ai e ad i ni di i i ae i no3.
10. Ia ai a i i ae a ae ai y, ia i ae, i i ae ia ni no ad3 a ad e o i di i e nei ai no3. I n ey ia a3 i y ia 1,5% 1998 d. ae i o ne i di i e nei ai; i di a o e o3; c d3 n i di o y ai i n3 i y - ad a ni y 1999 d. ia 2,3% o i i d3 ai yi i3 c a3 ai i a3 ai ei i ad3 ai i i i i ad aa i ui ai di eo. I ad i3 nou ca aa eu i e e ni aa o n3 eu nu ei o ai ni i ad no a3 ia aa e i ny co i ei e o e, ia ca ae a b +- e ia c di no ai i y ia ny a3a i di a o e o3; i de ae oi i ai nae oi do, ui o de aa o ae a e3 eu e a di e3a i i ni3 eu.

11. *Í îçèèèáíéé ðíçáèðîêé³ íáàñòèö³é òà ðààèüíèò ãíòíá³á, çàò³èñíááíéé 1998 ðíéó, çáíáí î çí³íèáñý íà ñíáà. Ó íáðøíì ó î³áð³÷÷³ 1999 ð. íáñýá³³ íáàñòèö³é ñèíðíðèáñý íà 12,3%, ðààèüíà çàðíá³òí à íèàòà - íà 9,6% áí íáðøíáí î³áð³÷÷ý 1998 ð. Í³á íîðóæíèò òèñíèì çíàó³íáíý ãðèáí³ á³á-óòíí çíáíðèáñý ðààèüíèé ñííæèà÷éé íííèò ãííàøí³õ ãíñííáðñòà. É³èüé³ñòü ááçðíá³òí èò çðíñèà íà 1 ááðáñíý 1999 ð. áí 1,1 ì éí. íñ³á.*
12. *Í áíáðááíáí³ ìðáçèááíòñüèèò áèáíð³á íñáí³ 1999 ð. áíèíáí³ ñòðóèòóðí³ áèèèèáèáíý (íááí³ðíá áòðó-áííý ááðæááè á ãíñííáðñòáí, íáñ³éé³ñòü çàèíííáááñòá, éíðóí³ö³ý, íáðíçáèíáí³ñü ðèíèíáèò³³ ñòèòóó³á) çàèèèèèñý ííçà óáááñ. Í ííðè ìðíáèè á áèííí³÷³é ííè³ðèò³ ìðíáðáí ó EFF íà áóèí ìðèèéíáí. ; ìðíáíáæáíý ííðð³áíí òáíáð çííáó óçáíæèè íáðèè³ò³ èèñòííáà 1999 ð. Ááç ñòò³áíáí ìðèñíèðáíý ñòðóèòóðí³; ðáòíðí è íáíá è íà ííæá ñíííááòèñý íà ííáèèüøá íáááíý éðáèè³á ç ö³î; ìðíáðáí è.*

Í áðáðíçííá³é òà ðáñòðóéòóðèçàò³ý ó ñáèòíð³ ì³áíðè³ ñòá Óèðáçíè

13. *Á ðíáí³³ áíñè³áæó³üñý ñòáí ðáòíðí ó ñáèòíð³ ì³áíðè³ ñòá Óèðáçíè ç óí÷èè çíðó òáíð³; íáðáðíçííá³é òà ðáñòðóéòóðèçàò³. Í áðáðíçííá³é ò, íèð³ çñóá³á á áàèóçáá³é ñòðóèòóð³, á íáðø ÷-áðáó íáðáíáñáíý ðáñòð³á òà áèðíáíè÷èèò ííðóæííòáé á³á ááðæááíáí áí ìðèáàòíáí ñáèòíðó. Çà éíáí ðíçáèèèò áñá á³èüøíáí çíá-áííý íááóáá° íáñòóííèè íáðáí³çí ìðèñòííóááíý, à ñàí á ðáñòðóéòóðèçàò³ý áèáñíá ì³áíðè³ ñòá. Óçá. íáñèáíá ðáñòðóéòóðèçàò³ý ò íáéíðíò³èò ìðèñòííóááíý ì³áíðè³ ñòá³ çááá³èüøíáí çáèíí³òüñý ÷áðáç çá³èüíáíý íáèèèèáí; ðíáí-í; ñèè. Í áíáè áèð³øáèüíèò áèý áèííí³÷³ííáí á³áðíáæáíý ò øáèèèñü, ç ýèñ ìáñèáíá ðáñòðóéòóðèçàò³ý ííñóíá³üñý ì³ñòáí ðáñòðóéòóðèçàò³; áèðèáí³é. Í ñòáíý íðííèð³ íà ò³èüèè ðáòíðí ó á³áíñèí áèáñííñ³ á ðáíèáñ ìðèáàðèçàò³; áèá é çí³è á ñòðóèòóð³ òà ìðááí³çáò³; áèðíáíèòóá.*
14. *Çááíí ç ö³ò èííóáí³ò³ ááðæááíéé ñáèòíð³ ó ìðíóáñ³ íáðáðíçííá³éò áòðá÷á³ çíá-áííý òà áèá³èüíý° áñá á³èüøá ðáñòð³á áèý ñòð³íè çðíñòàñ-íáí ìðèáàòíáí ñáèòíðó. Óáé ìðíóáñ çñóáó á ñòðóèòóð³ á³áíñèí áèáñííñ³ íà éíðèñü ìðèáàòíáí ñáèòíðó ìíæáá á³èüø-íáíð³÷èí ñíííòáð³áàòè á íáðáó³áíèò áèííí³éáð. 1998 ð. ÷áñòèá ìðèáàòíáí ñáèòíðó á ÁÁÍ Óèðáçíè áññýáè çà ááíèè è ÁÐÐ 55%. Óáé ííèáçíèè, íáíáè, íà á³áíèðáí èð³ ííáíñòáíðáí³ ìðèáàòí³ ì³áíðè³ ñòáá á³á ìðèáàðèçíááíèò, ç çíííñáçè÷÷³òíðí íáááðæááíí; áèáñííñ³.*
15. *Áèý ìðíóáñ³ íáðáðíçííá³éò áèð³øáèüíèò ò íáñýá íáðáòíèò ðáñòð³á á³á ááðæááíáí ñáèòíðó, ùí çíáíðó³üñý, áí ííáèò ìðèáàòíèò ÷è ìðèáàòèçíááíèò ì³áíðè³ ñòá, à òáèíæ ñòóí³íü ñíðèýííý öüíí ó ìðíóáñíá³ ÷è éíáí áèèüí óááíý. Ááèèíáí çíá-áííý íááóáàðòü ìáè³ ìðèáàòí³ ì³áíðè³ ñòáá, ìðè-íí ó íà ò³èüèè çááýèè çíííí ó ìðáíðáèò³ ó ñòáíðáíí³ ðíáí÷èè ì³ñòü³ çðíñòáíý, à é ç íáèýáó íà ííæááèáíý éííèðáí³; áæá ÷áðáç òá ááðæááí³*

i³ai ðe^oi ñoàà a³a-óaaþòu a³iaàòeí³aeé ðeñê ùi³ai³ aeañí³i; ðañòðóeòóðeçàö³; Í ó³ó³éiá óeðà;íñüeà ñòàòeñòeèà ñá³a-èòü, ùi ñòàòóñ i³aeèò iðeaaòieò i³ai ðe^oi ñoà ó a³eüøíñò³ ñaeòíð³a òà aaéóçae añá ùá^o íaaòí ièçüeèì. Áaaàòí ç íeò açaaàè³ íá ðíçíí-èíàèè ííàðàòeáí³i; ä³yëüííñò³ òà ñííóþòü ò³eüèè íá i³ai³að³. Ç³íøí³ai³ áíeó, a³eüø³ñòü Ì Ì Ì iðàòþòü ó ò³iüíá³e aeíííí³ò³. Ò³eüèè á ñ³eüñüeíì ó a³íñííaaðñòá³ iðeaaòieé ñaeòíð, çíeðai à i³añíáí³ a³íñííaaðñòaa íañaeáííy, íá³eí³à^o ÷³eüí³ ííçeò³; ó aeðíáíeòòá³ aáaaòüíò iðíáeòá. Í aòíí³ñòü ó iðííeñeíáíñò³ ñóòí iðeaaòí³ i³ai ðe^oi ñoàà íá a³a³ðàþòü aeíáí³i; ðíe³, íííðe çðíñòáííy íñòáíí³ ÷añíí e³eüeíñò³ i³ai ðe^oi ñoà eíeaeòeáí³i; òíðí è aeañííñò³ (iðeaaòeçíaaí³ aaí ðíçaaðæaaeáí³ i³ai ðe^oi ñoàà, ùi i³þòü òai³að òíðí ó aeó³ííáðíeò òíaaðeñòá).

16. Íeçüe³ òaiíe ðíçaeòeó ñaeòíðó i³ai ðe^oi ñoà ííyñíþòüñy íaaíñòáí³i ííñòóííí e³aaðae³çàö³; òà aaðáóeyö³; Íaaí³ðíà òà íaiðíçíðá aþðíeðàò³y, çaðáóeyüíaaí³ñòü, áaçíaðaðái³ i³adaáðeè ç áíeó aadæaaíeò óñòáííá yè³ ðai³çá íadaøeíæaþòü ðíçaeòeíá³ iðeaaòieò i³ai ðe^oi ñoà. Íai à òaeíæ áóäü-ùí ííí³ðííí iðíáðáñó á ñòáíðáií³ a³óái³; iðíóaaòðe aeòíáo ç ðeíeó - aaæeèáií ÷eííeèà áòaeòeáííí i³adaðíçííá³eó ðañòðñ³a íá eíðeñòü iðeaaòííí ñaeòíðó. Íðíóaaòðe aaíeðóðñòaa òà e³ea³aaö³; á Óeðà;í³ óí-à é ñííóþòü, aèa iðaeòe-íí íá çañòíñíáóþòüñy. Aeíáíííí ñaðaaíüííí aaí aaèeèeííí i³ai ðe^oi ñoàà a³íñ³ íá íííeíøáií aaíeðóóíí, óí-à aáaaòí ç íeò^o òaóí³-íí íaièàòíñíðíííæíeíè.

17. Òae³ i³ai ðe^oi ñoàà óððeíóþòüñy á ðeíeíáííó ñaðaaííæe³ eèøá òííó, ùi íððeíóþòü ñóañeá³; Íðaeòeèa íaaáííy ñóañeá³e^o áóæá ðíçaaéóæáiíþ, çíeðai à ó ííð³áiííí³ ç³íøeíè íáðáò³áiíè è aeíííí³èàíè. Áííá íòííeþ^o íðyí³ aðíøíá³ ñóañeá³; çaeòeíæeí i³ai ðe^oi ñoààí aeý ó³íáíííóáíííy ííòí-íeò aeòðàò òà íaiðyí³ ñóañeá³; çaaá³eüøíííí ó aeaeýá³ ííaaòeíæeò i³eüá (ðíçñòðí-èè òà ñíeñáííy áíðá³a çà ííaaòeàíè), i³eüáiíæeò eðaaèòá òà ñóañeáóáíííy ó³í. Ñeíðí-áiííy íðyíeò ñóañeá³e, ùí^o ñòàòòyí è aeòðàò aadæaaíííí aþæaáó, áóeí eíííáíñíaaíá ðíçøeðáiíyí íaiðyíííí ñóañeáóáíííy. Çaaæüíèè íañyá íðyíeò òà íaiðyíeò ñóañeá³e ñòáííæeòü òai³að aeèçüeí 20% ÁÁÍ.

18. Íañe³aeííí eððíeííí íaaáííy ñóañeá³e^o íaaòaeòeáí³ñòü ðíçííá³eó ðañòðñ³a, à íòæá é a³añóóí³ñòü aeííííí³-íííí çðíñòáíííy. Áææá eáaòüñy íææá aeèeþ-íí íðí ñóañeá³; íá i³àððeíeò ñííóááííy çaeòeíæeò i³ai ðe^oi ñoà, íáðø çà añá ó aaæe³e íðííeñeíáíñò³ òà ñ³eüñüeíì ó a³íñííaaðñòá³. Òææá ñóañeáóáíííy áíáíí-añ ñá³a-èòü íðí íáyáí³ñòü á Óeðà;í³ aaèeèeííí ííòáíó³æeò çíáíøáiíy aþæaáóíííí aaó³øeòó òà ííaaòeíííí íaaáíðaeáiíy. Ç³ ñáíííí áíeó, íaiðíçíð³ñòü ñeñòái è ñóañeá³e, íñíaeèeí íaiðyíeò, ñíðe-èíy^o ííaaeüøá çðíñòáíííy çóí³ó íañyá³a, ñòáíðþ^o ñíðeyöeèæeò óííæe aeý eíðóí³ò³; òà ñáaa³eëy íðe íaaáíí³ i³eüá. Áòæeèe ñííñ³a óððeíó³òüñy é ðíçáóðeè aaí³ i³ñòðàðeáíèè eíáðàò í³íñòáðñòá òà ÷eñeáííeò aadæaaíeò eíí³òáòá, yèèè ñai á é ðíçííá³eý^o òà íaaà^o ñóañeá³;

19. Ñeñòái à ñóañeá³e ííòðááó^o eàðæeíæeüíí; ðáòíðíè. Íáðø çà añá ñe³a çíáíøeðe ð³aaíü ñóañeáóáíííy, añòáiíæeòe íðíçíð³ñòü íðíóaaòð (íaiðeèeèææ øeyóíí ðaaøeyðíííí íaaíáíðáiíy á íaðeàíáíò³ çáð³a íðí íaaáí³ ñóañeá³),

ónóíóòè +eííèèè (ÿè-íò íáíáäðíäæáííÿ ïíäàðè³á) çðíñòáííÿ íáíðÿì èð ñóáñèä³é. Çà ñòáá³é³çàð³éíí; ïíè³ðèèè ï³áíðè³ ñòáá ñèéðòòù ñóáñèä³; ùíá á òàèèè ñííñ³á óíèèíóðè æíðñèèè ãðäæáðíèè íáíáæáíü. Íçíàèíð òüíáí ïðíóáñó ° ð³çéá çíáíçáííÿ èðáäèðóááííÿ ï³áíðè³ ñòá ááíèàì è. Ðàçíí ç íáñðà-áð è³èá³áíèè ðáñóðñ³á òà çíóó° ááèèéó è³èüè³ñòü ï³áíðè³ ñòá ááááàðèñÿ áí íáíèàðáæ³á ÿè áðäæáðíá³ òàè³ íáíá íáíííó. Ñèíðí-áííÿ ïíäàðèíáèè áíðá³á ïáðáááá-à° àèð³á ç ðèíèéó òðíí³-íí çáèðèíáèè ï³áíðè³ ñòá òà ïíñèèáííÿ ïðèáàðèçàð³. Äèÿ òüíáí, á ñáíð +áðá, ïíðð³ááí ä³òàèè ïáðá³çí ïáíèíçáííÿ ááíèðóðñòáá. Áíáíí-áñ ïíèáí ïíñèááèèè ïíäàðèíáèè òèñè íá ñáèðð ï³áíðè³ ñòá øèÿòíí ðíçøèðáííÿ áàçè ïííäàðèéóááííÿ òà çí³óíáííÿ ïíäàðèíáí; àèñòèíè³íè. Ñóáñèä³ æííèèí³ íááááàðèñÿ íá ïðíçíð³é, ñòðíèíá³é ïñííá³, áóòè ïðèá³ÿçáí³ áí +³ðèèè, èááèí èííððíèüíááí èð òííá. Í³àððèíèéó³ ñííóááííÿ çáèðèíáèè ï³áíðè³ ñòá +áðáç ñóáñèä³; ñè³á ñèíðíèèèè áí íáèí áíçíáí ïíèèèáíí ð³áíÿ, á á³áááèüííí ó àèíááèó - áçáááè³ ïðèíèèèèè.

- 20. Àèðèáíà ðáñððóéòðèçàð³ÿ ï³áíðè³ ñòá ïíèÿáá° á ïð³íðáð³; íá ííá³ ðèíèèè, ïíáíóááíí³ ïíáíáí ññíðèè áíó ïðíáóéè³³ òà ïíáèè àèðíáíè-èè è³í³é, á òàèíæ ó ííá³é ïðááí³çàð³; àèáñíá ï³áíðè³ ñòá. Áííá ïíá³ÿçáíà ç áæèðòÿì ïðááí³çàð³éíèè çáðíá³á, ðáð³ííáè³çàð³³òð òà³ íááñòóááííÿì ó ííá³ àèðíáíè-è³ óáðííèíá³. Á³àðáè ðáñððóéòðèçàð³ÿ ïáðáááá-à° é çí³èè ó á³áííèíáèè àèáñííñ³, òííó ùí ááðæááíèè ï³áíðè³ ñòááí çááá³èüçíáí áðáèé° àèáñííáí èáí³ðáèé, á ó³íáíñóááííÿ ççíáí³ òñèèááíð³òüñÿ +áðáç íááèçíá-áí³ñòü ùíáí ïðáá àèáñííñ³ òà íááíñòáðí³ñòü ááðáí³é. Ó³íáíñóááííÿ øèÿòíí çá³èüçáííÿ àèáñííáí èáí³ðáèé ° ïðáèèè-íí íáííæèèèè ó àèíááèé, èíèè ï³áíðè³ ñòáí ° íá³èèèíí ááðæááíí; àèáñííñ³. Á Óèðá; çà ááíèè è íáñðáæáííÿ ï³áíðè³ ñòá, ïðèáàðèçàð³ÿ áíñ³ íá ñíðááèèá ááæáííáí áíèèáó íá ïðíóáñ ðáñððóéòðèçàð³.
- 21. Ó òüíííó áíñè³æááíí³ çðíáèáíí àèñííáíèè ùíáí ááíð ïðè-èí òàèí; ñèðóáð³. Íí-íáðøá, ïðíóáñ ïðèáàðèçàð³; àèíèéóðüñÿ ïíè³ðè-íí. Íí-áðóáá, íáðáíèèè ù ïáðíá ñíðè-èíèá áíí³íóááííÿ³ ïíáèèáð³á á ïðèáàðèçíááíèè ï³áíðè³ ñòááð. Íñáèèáí òáí, áá ïðááá àèáñííñ³ íáèæááòü ïðáð³áíèèè ïðèáàðèçíááíèè ï³áíðè³ ñòá, ñííó° ïíáíðááííÿ ùíáí ðíçøèðáííÿ èííððíèè ççíáí³, èíèè ïíñè³áíáíà ðáñððóéòðèçàð³ÿ ïáèá á íááàðèáí³ íáñè³áèè àèÿ çáèíÿðíñ³. Ç³íçíáí áíèé, ïíè³ðè-íá àèíèááá ïðèáàðèçàð³; òà áèðáè íèçüèá ïðèáááèèá³ñòü ááááòüíí ï³áíðè³ ñòá ïðèçáíáÿòü áí ñòðèíáíñ³ çíáí³çí³³ ï³ááñíð³á. Á³áíííó òíðááè³íð ç áíèé çíáí³çí³³ àèð³íáð³á ïáðáèèíáæáðòù çðáòíð é³íñèðóð³éí³ áááè, çíèðáí à íááèð³çáí³ñòü ïðíáèáí è ïðèááðíí; àèáñííñ³ íá çáíèè³ á³áñòí³ñòü ïðíçíðíáí áðíðèííáí òííáíáíáí ðèíèèè.
- 22. Çðíçóí³èí, ùí ç íáèÿáó íá ó³ +eííèèè ïíðð³áíí ïðèá³èèèè á³èüçá óáááè íá ñ³èüèèè òíðí àèüíèè çðóçáííÿì á ñòðóéòð³ á³áííèíí àèáñííñ³, ñè³èüèè çáááèüíí ïðèèíÿòíèè á ä³çááðí³é ðèíèèá³é àèííí³³ ïðááèèèè áðè òà ðèíèíáèè³ ïíèèðóðáí, íáíáð³áíèè àèÿ çá³èñíáííÿ ðáñððóéòðèçàð³; íá ïðèðð³áí³. Èð³í òíáí, ñè³á çáííá³àèè íááíðí³é èííóáíðáð³; ïðáá àèáñííñ³ ñáðáá ïíáèááð³á, ùí ° +è íá íáèííðáí³èèè ááèüíí ðáñððóéòðèçàð³; ï³áíðè³ ñòá. Óííó áíñè³æááííÿ ïíèèèè àèñííáíèè ïðí áí³èüí³ñòü çá³èüçáííÿ èáí³ðáèé ïðèáàðèçíááíèè ï³áíðè³ ñòá òà íáñðóííáí ïðíááæó ííáèè àèð³é

çíáí³øí³í³ íáañòíðàì . Á òàèèè ñííñ³á ìíæíà çì áí øèðè -añòéó³ íñàéääð³á à èííóðíèüííì ó ìàèàð³ ì³áí ðè³ ñòà. Áèàñí èèè ìíæíí³ ì àðè ìðààà ì ðíààæó òà èóí³àè³ àèö³é ìà àòíðèíííì ó ðèíéó, - ìàðàç³ ò³ ìðààà ° àèðàé ìáì àæáí èì è. Áèö³ç, ùí ìàèàæàðü ìðàö³áí èèàì ì³áí ðè³ ñòà, àíö³èüíí çðíáèðè ìðààì àòíí à³èüííç; èóí³àè³-ìðíààæó, à³áìíàèèøèñü òí-à á ìà ìàðàð³áí èé ìàð³íà à³à ðà°ñòðàö³ç çò ìà àèàñí èó ì³áí ðè³ ñòààð: ùíá ðíá³òí èè-àèàñí èè, ýèèè áàæà° ìðíààðè ñáíç ÷añòèè, ìà à³à-òáàà òèñéó ç áíéó ðàøðè ðíá³òí èé³á òà èàð³áí èòòàà. Èð³ òíáí, òðààà àíààòèíáí àèà-èòè ìèòáííý ìðí àíö³èüííñòü ìáì àæáí íý ìðàà àèàñí èè³á-³íñàéääð³á.

- 23. Í ìààèüø³ ðàòíðì è, ùí ì³àððèì óðòüñý³ ííçáì íèì è àíííðàì è, òðààà òàèíæ ìàò³èèðè ìà òáì áàðíó ìðèààðèçàö³ð ààèèèèò ààðæàáí èò ì³áí ðè³ ñòà çà ìðààèèè è, ùí àèèðèðèííí áóðòüñý á ì³æíàðíáí³é ìðàèðèò³. Í ñòáì í³³ ì³ò³àðèàè ìðàçèàáí òà Èó-ì è ° èðíèíì ó à³ðííì ó ìáì ðýì éó. Ðàçóèüòàðè ìðèààðèçàö³ç; ìáñí ðàà³ çàèàæàðü à³à ì³ñèðòó³íí àèüí èò òí ìà, ùí ñíí óðòü á àèíííí³³, ìàðø çà àñà à³à ìíæèèáíñòàé àèý àèíèèíáííý ìíáíáí ìðèààòííáí ñàèòíðà, ùí òèñíòà àè ìà ààðæàáí³ òà ìðèààðèçàö³áí³ (³íñàéääðàì è) ì³áí ðè³ ñòàà. Õíì ó àèý ìíààèüøíáí òñí³òó ìðèààðèçàö³ç; òðààà áóáü-ùí ìíçáòèñý ìáàì è³è³à ñàì á ó ö³é ñòàð³, ìðèì³ðíì ùíáí ìáì àæáí íý ìíæèèáíñòàé àòíáæáííý á ðèííè, çáàðàæáííý ìáàì³ðííç; ðà³óèýö³ç; ìáàòí ìíá³èüííáí ðíçàèðèó òííáíáíáí òà èðààèòííáí ðèíé³á. Èèòà á öüíì ó àèíààèó àèíèèíá ñòòò°àà ìàðàòííáà òðèààèíáí òà ñò³èèíáí çðíñòáííý.

Ðañòðóèòóðèçàö³ý òà ðèííè ìðàö³

- 24. Áèý ì àèðí- òà ì³èðíáèííí³³-ííç; ðañòðóèòóðèçàö³ç; òà ñíðèýííý àèííí³³-ííì ó çðíñòáííç ìíðð³áíá áóàèðèáíá àèèðèðèííáííý ìíá³èüííáí òà çààòííáí àí àààì òàò³; òðòáíáíáí ìíòáì ö³àèó. Áàç òóí èö³íí óð-ìáí ðèíéó ìðàö³, èð³ òíáí, ìà ìíæíà àíñýàðè ìðèðíñòó àíáðíáóòó. Áààì òàò³ý çàéíýòíñò³ àí ðèíèíáèò òí ìà éàà á Õèðàç³³ ìáèøà, ì³æ ó á³èüøíñò³ òðàì ñòíðì àò³éí èò èðàç, ýè-ìò á Ííèüü³ ááí Õáíðùèí³, ýè³ øèýòíì øàèèèèò çà³èüíáíü àíñýàèè çðíñòáííý ìðíáóèðèáííñò³. Ðèùí á òèò èðàçì àò ìáà³ííý ð³áíý çàéíýòíñò³ àèýàèèñý³ ç ìááííç çàððèì èíç á ÷añ³ ñèèüí³øèì çà ìáà³ííý ÁÁÍ, òí á Õèðàç³³ ñèòòàò³ý ° ìðíðèèáæííç. Áíèíáí èé òýààð àààì òàò³; ìáñà çàðíá³òíà ìèàòà. Õíì ó ìðíáóèðèáííñòü ìðàö³ çà ì³ò³èèè èì è àáì èì è ìí-èìàð-è ç 1992 ð. çí èæó°òüñý³ 1998 ð. çí àðí àèòüñý (ìà à³áì³³ ó à³à Ííèüü³³ Õáíðùèí³) àñà ùà çíà-ìí ìèæ-à ìí-àðèíáíáí ð³áíý. Á ìðíì èñèíáíñò³, ìáíáè, à³áàóèíñý à³à-òóíá çì áíøáííý è³èüèíñò³ ìðàòçð-èò. Ç 1996 ð. òòò ñííñòàð³à°òüñý, òí-à é ìáçíà-ìá, çðíñòáííý ìðíáóèðèáííñò³ ìðàö³. Í áíáè ð³ááì ü çàéíýòíñò³ ó ìðíì èñèíáíñò³ àñà ùà ° ìáàì³ðíèì: ìííðè ìíñèààèáííý òáìí³à ìáà³ííý ìáñýà³à ìðíáóèò³; ñèíðí-áííý è³èüèíñò³ ìðàòçð-èò òòò éàà øàèèøà, ì³æ á ö³èíì ó à àèííí³³³. Á³àðàè ìàðøèé àðàì ìáñèáííç; ðañòðóèòóðèçàö³ç; á Õèðàç³³ ìðíáíáæó°òüñý, à çàéíýòñòü ùà ìà àíñýàèà àèííí³³-ìí ðàö³ííáèüííáí ð³áíý.

- 29. Ç³ ñòàðèñòèèè çà³ëüíáíü òà ìðàòáàèàøòóááíü ìíæíà íà íàðøèé ìíæÿä çðíáèèè àèñííáíé ìðí íáñííá³ááíí àèñííèéè ð³ááíü ìíá³ëüííñò³ ðíáí-í; ñèèè. Ì áíáè -áñ³ çì³ íè ðíáíðè ìíá³ÿçáí³ íá ç è³èá³áà³³³³³³ ñòàðèè³ ñòáíðáííÿ ìíáèø ðíáí-èø ì³ñòü á ìðíòáñ³ ðáñòðóèòóðèçàò³, à ° èèøá êíèèááííÿ à ìáæáð³ñíòð-í; ñòðóèòóðè ðèíèó ìðàò³. ×³èíáí òÿáèáííÿ ìðí -éííèèè øüíáí ìðíòáñó ìáÿáíà ñòàðèñòèèè, íà æáèü, íà áà°. Ì íæíà íáíáè çðíáèèè ìðèíòóáííÿ, ùí³ ì³áíðè³ò³, ì³ ìðàò³áíèèè ìíèè ùí ðíçðáðíáóðòü ìà ìðááíáííÿ áàðæáàè ç ñí³áèüíèø ìðèóááíü òíèèíòèè ñòð³ èíáí çðíñòáííÿ á³áèðèòíáí ááçðíá³òÿ. Õííó ìðàò³áíèèè ì³³ðòü ðèçèè ìíæèèáíáí ááçðíá³òÿ á ðàç³ çì³ íè ì³ñòÿ ðíáíðè ñèíð³ø çà áñá ÿè ìèçüèèè, òáè ñàí ì ÿè ì³áíðè³ ñòáà ç³ ñáíáí áíèó àèòíáÿòü ç òíáí, ùí áàðæáàà é ìááàè³ ì³áòðèí òáàòèí à ð³ íáíðÿí èí è ñóáñèá³ÿ è.
- 30. Ááçðíá³òÿ á Õèðàÿ³³ ñííó°, çà ìááíñòáòíüí ìáá³éíèè è ì³³³éíèè è ááíèè è, èèøá ç 1995 ðíèó. Ì ðíòÿáí ì íáñòóííèø ðíè³á áííí çðíñòáèí áíñèòü øáèèèí. Ì ìèòóááííÿ áííàøí³³ áíñííááðñòá çà ìáòíáíèíá³³³ Ì Ì Ì ñá³á-áòü ìðí àèñííèèè ð³ááíü ááçðíá³òÿ, ùí 1999 ð. çðñ áí 15%. Áíáíí-áñ è³èüè³ñòü áàèáí³èè ñèíðíðèèèáñÿ³ ç 1996 ð. çáàð³áà³òüñÿ ìà áèðáè ìèçüèííó ð³áí³. Ááçðíá³òð ìðèòáí áíí³ ðáá³íáèüí³ ðíçá³æííñò³, ùí á³ááçðèáèèèðòü ìñíáèèáíñ³³ áèíííí³-ííáí ðíçáèèèø ìèðáí èø ìáèèñòáè. Ì áèáèèèè èíáí ð³ááíü çàò³èñíááí çíáñ³ ìà á ñò³áí èø ìáèèñòÿ, áà ç ìáèÿáó ìà çáñòáð³èø ìðí ìèñíáó ñòðóèòóðò òà ìðíá³áíà ì³ñòá áàæèèø áàèóçáè ìíæíà áóèí á ì³èóáàðè ìáèá³èüøí; ìíððááè á ðáñòðóèòóðèçàò³. Çðáøòíð òá ìíÿñíð³òüñÿ çáíè³èáííÿ ÿ ç ñòðóèòóðííð ðáòíðííð ìà ñòíá³ Õèðàÿè, çíèðáíà ó Áííááñ³, òáíð³ áóá³èüíí; ìðí ìèñíáíñ³. Ì áí áæáí³ñòü ááíèø ìðí ì³æðáá³íáèüíó òðóáíáó ì³áðá³ð ñá³á-èòü ìðí ñííóááííÿ ìèðáí èø ìáèèñíèè èø ðèíè³á ìðàò³ òà á³áñòóí³ñòü ìáðáí³áíü ìðàò³áíèè³á ì³æ ðáá³íáèè. Õáèèè -éííí ìà áèíðáááíáó³òüñÿ ìðèíòóáííÿ, ùí ì³æðáá³íáèüíà ìíá³èüí³ñòü ðíáí-í; ñèèè ìááííð ì³ðíð çíÿèà á ìáíðóáó ìà ðèíèó ìðàò³, èíííáíñóááàøè á³áñòóí³ñòü áíèèá³á ìà çáèíÿð³ñòü ç áíèó ìðèááòííáí ñáèòíðà, ùí ìááòí ìíá³èüíí ðíçáèèá³òüñÿ.
- 31. ðèííè ìðàò³ á Õèðàÿ³³ ìà³ ìèçüèó ñíðíííæí³ñòü ðá³íðá³ðáò³; ááçðíá³òíèø áí ñòáðè ìðàòðð-èø. Á³èüø ì³æ 40% ááçðíá³òíèø ìáðòü òáè ñòàòóñ áíñèòü òðèááèèè -áñ (íííáá 12 ì³ñÿ³á), ñáðáá æ³ííèèè òáè ìíèáçíèè ìáá³òü ùà áèèèè. ðáçíí ç àèñííèè ð³áíáí ááçðíá³òÿ ñáðáá ìíèíá³ òá èèáá³ ìáèííòóáí³øèè àèèèèè ìíè³èèø³ çáèíÿòíñ³, ááæá çà áíñá³áí ðíçáèíáíèø ìðí ìèñíáèø èðàÿí ááçðíá³òÿ ìááóáá³ òñòáèáííñ³ ñàí à çà àèñíèí; -áñòèèè òðèááèèø ááçðíá³òíèø.
- 32. òíñòèòó³éí³ òííáè ðèíèó ìðàò³ ìíððááòðòü ìíááèüøíáí ðáòíðí òááííÿ. Áíñ³ -éííèè ° èíááèñ çáèííá ìðí ìðàòð 1972 ð., ùí áíçáíèÿ°, ìáíðèèèáá, ìðàòáàèàøòóááííÿ ááç³íáèá³áòáèüíèø òðóáíáèø áíáíáíð³á - áííè ìáðáç³ ò ñèíð³ø áèíÿòèíí. Ì ìæèèáñòü á³áñòíÿèè ñáí; ìðááá á ðàç³ èííèèèèøá ç ááí³ñòðáò³³³ ò ìðàò³áíèè³á áóæá ìáíáæáíá. Á ìðàèèèø³ ìðàòáàèàøòóááííÿ ì³áíðè³ ñòáà ááèèèèð ì³ðíð áðáòíáóðòü ñí³áèüí³ ìðèóááííÿ, à òííó ùà ìà çááòí³ ò³èèí ìíçáóðèñÿ çáèáí; ðíáí-í; ñèèè. Áííè àèèðèñíáóðòü çáááá³ áèùà òíðíè àèüòáðíáðèáíáí „ìðèñííñòááííÿ“ áèÿ òíáí, ùíá áèèíáðè àèííáó àèíèàðè òðüíòí³ñÿ-í; çáðíèàðè á ðàç³ çá³èüíáííÿ ìðàò³áíèèè.

Āđī∅īāā āīīīīīāā īī ááčđīá³òòĴ, çàīđīāāāæáíà â ðàì èàò īīē³òèèè çàéíÿòīñò³, ç īāēÿāó íà ñòđīē òà đīçì ³đ íà ° āīñòàòíūīĴ, ùíá çāāçīà-èèè ì³ī³ àēüíèé đ³āáíü ³ñíóāāíÿ, īñíáēèāī ó àēíāāēó òðēāāēīāī ááčđīá³òòÿ. Ōīì ó āīíà íà ° çàì ³ííèēīì çàđīá³òíīĴ; īēàòè, ùì ì³ āé đīçāēÿāàòèñÿ ÿē ìíðèā ā³āì íāē ā³ā īī∅óé³ā ííāīĴ đīáíðè. Ō³íāìñòāāíÿ āīīīīīāē īī ááčđīá³òòĴ â óìíāàò éíāī īīñò³éííāī çđīñòāíÿ īīāēéíà° éāāíāó ÷āñòéó é ááč òíāī íāāāèèèèò ðāñòđñ³ā āāđæāāíīāī òííāó çàéíÿòīñò³. Ō í³āñòì éó, àèòèāíà īīē³òèèè çàéíÿòīñò³ ùà íà ā³ā³āðà° â ŌéđāĴ³ áóāü-ùì īīì³òíīĴ đīē³.

33. Í áéāāæèèā³∅īĴ īāđāāóì íāīĴ āēÿ çàìđīāāāæáííÿ òàēīĴ īīē³òèèè ° â īāđ∅ ÷āđāó ñòðóèòóđí³ òà ³íñòèòó³īíāēüí³ ðāòíđì è, çīèðāì à, āāīñēīíāēāííÿ ³íòðāñòðóèòóðè òà ñīðēÿííÿ ³íāāñòè³ÿì, ùì óì íæèèæĴĴòü ñòāīđāííÿ ííāèò đīáí-èò ì³ñòü. Ç òí-èè çīđó ñīðēÿííÿ çàéíÿòīñò³ āèð³∅āēüííāī çíà-áííÿ íāáóāà° è³éā³āò³ÿ āāì ³íñòðàòèāíèò īāđā∅ēīā, ÿèà āī òíāī æ íà īīòðāáó° āāèèèèò àèòðàò. Īīđÿā ç òèì àèòèāíà īīē³òèèè çàéíÿòīñò³ īāđāāāā-à° īīñò³éíó īāđāéāāè³∅³èā³Ĵ ááčđīá³òíèò, ī³āòðèì éó ìāèèò ī³āīðè°ì ñòā òà, ìíæèèāī, ðāāèçàò³Ĵ éīđīñòèīñòđīéíāèò ñóñí³èüíèò ìđīāđāì çàéíÿòīñò³. Ō ñīāó³āèüíīìó āīñè³āæáíí³ ìđīāéāì çàéíÿòīñò³ ŌéđāĴè Ā³òèíāñüèèè ìđīīīííó° éīīīēāēñíèè ī³āò³ā, ÿèèè īīēÿāà° ó ìðèñòíñòāāí³ īīē³òèèè çàéíÿòīñò³ āī éīíéðāòíèò ò³èüíāèò āđóí ÷āðaç çèó-áííÿ Ĵ çì³ñòó ç īīòðāāāì è ðāā³í³ā òà çàìđīāāāæáííÿ ³íñòèòó³īíāēüíèò çì³. Ōāé ī³āò³ā³ íà íà∅ó áóì éó ñīðēÿòèì á³èü∅ áóāèòèāíīì ó àèéìðèñòāíĴĴ đīáí-īĴ ñèèè.